

EINWOHNERRAT

Gemeindehausplatz 1
Postfach
6048 Horw
info@horw.ch

Kontakt Heike Sommer
Telefon 041 349 12 51
Telefax 041 349 14 81
E-Mail heike.sommer@horw.ch

Thema Einwohnerratssitzung
Sitzungsdatum 21. Januar 2010, 16.00 – 21.40 Uhr
Sitzungsort Pfarreizentrum
Vorsitz Irène Zingg-Vetter

PROTOKOLL NR. 314

Anwesend 30 Einwohnerratsmitglieder
5 Gemeinderatsmitglieder
1 Gemeindeschreiber

Entschuldigt Scammacca Albisser M. (anwesend ab 16.10 Uhr)

Traktandenliste

- | | |
|---|----------|
| 1. B+A Br. 1413 Budget 2010, Version 2 | Seite 5 |
| 2. Fragestunde | Seite 17 |
| 3. B+A Nr. 1415 Nachlass Reinert-Schätti | Seite 18 |
| 4. Dringliches Postulat Nr. 617/2009 von Hans-Ruedi Jung, CVP: Primarschule Biregg - Schulräume Hubelmatt | Seite 20 |
| 5. Dringliches Postulat Nr. 618/2010 von Rita Wyss, L2O, und Mitunterzeichnenden: Nationaler Sammeltag der Glückskette für Haiti | Seite 28 |
| 6. Postulat Nr. 611/2009 von Hans-Ruedi Jung, CVP: Bewässerung Gräberbepflanzung auf dem Friedhof | Seite 30 |
| 7. Postulat Nr. 615/2009 von Urs Röllli, FDP, und Mitunterzeichnenden: Solar-Press-Abfallbehälter | Seite 31 |
| 8. Postulat Nr. 616/2009 von Hans-Ruedi Jung, CVP: Provisorische Räumlichkeiten für die Oberstufe während dem Schulhausbau | Seite 33 |
| 9. Interpellation Nr. 566/2009 von Hans-Ruedi Jung, CVP: Überschwemmungsschutz | Seite 34 |
| 10. Interpellation Nr. 567/2009 von Hans-Ruedi Jung, CVP: Grüngutverwertung | Seite 36 |
| 11. Interpellation Nr. 574/2009 von Urs Röllli, FDP: Busendstation der Linie 20 | Seite 37 |
| 12. Interpellation Nr. 575/2009 von Markus Bider, CVP: GKLJ Jahresrechnung 2008 - Finanzverlust von 5.8 Mio. Franken | Seite 39 |
| 13. Interpellation Nr. 576/2009 von Ruth Strässle, FDP, und Mitunterzeichnenden: Einsturzgefährdetes Haus bei der Bushaltestelle Stelle | Seite 40 |

Feststellungen

Die Einladungen wurden fristgerecht versandt. Die Mehrheit der Ratsmitglieder ist anwesend. Wir sind verhandlungs- und beschlussfähig. Die Sitzung ist eröffnet.

Mitteilungen der Präsidentin

Repräsentationen

23. November 2009: Apéro für neu eingebürgerte Horwerinnen und Horwer
12. Dezember 2009: Eröffnungsapéro der Wellness-Apotheke
15. Dezember 2009: Werkschau Seebad Horw
15. Januar 2010: Apéro der 51. Pilatus-Putzete
16. Januar 2010: Inthronisation von Eglivater Thomas I.

Gratulationen

Als Einwohnerratspräsidentin darf ich im Dezember und Januar 46 Personen aus unserer Gemeinde zu hohen Geburtstagen gratulieren.

Jakob Zihlmann habe ich zur Verleihung des Kulturbatzens schriftlich gratuliert.

Einbürgerungen

Seit der letzten Sitzung wurde 5 Personen das Horwer Bürgerrecht erteilt. Sie stammen aus Deutschland, Portugal sowie Bosnien und Herzegowina.

Verabschiedung

Auf Ende 2009 sind Paula und Hans Sigrist nach 19 Jahren als Leiter des Pfarreizentrums in Pension gegangen. Die Ratspräsidentin dankt ihnen für die geleisteten Dienste und überreicht ein Präsent.

Neueingänge

4. Dezember 2009: Dringliches Postulat Nr. 617/2009 von Hans-Ruedi Jung, CVP: Primarschule Biregg - Schulräume Hubelmatt
18. Januar 2010: Dringliches Postulat Nr. 618/2010 von Rita Wyss, L2O, und Mitunterzeichnenden: Nationaler Sammeltag der Glückskette für Haiti
19. Januar 2010: Dringliche Interpellation Nr. 581/2010 von Urs Rölly, FDP, und Mitunterzeichner: Massive Kostenüberschreitung bei der Spissenstrasse

Rechtskraft von Beschlüssen

Seit der letzten Sitzung sind keine Beschlüsse in Rechtskraft erwachsen.

Protokolle

Gegen das Protokoll Nr. 312 der Sitzung vom 22. Oktober 2009 ist keine schriftliche Einsprache eingegangen. Das Protokoll ist somit genehmigt.

Gegen das Protokoll Nr. 313 der Sitzung vom 19. November ist fristgerecht eine schriftliche Einsprache von Hans-Ruedi Jung, CVP, eingegangen. Auf Seite 29 heisst es im 2. Absatz des Votums von Hans-Ruedi Jung: "Der Gemeinderat muss sich der Unabhängigkeit verpflichten, der Gemeinderat informiert mit Steuergeldern, im Gegensatz zur NLZ, die durchaus eine **privataktionäre Art** sowie Inserenten hat und auch so gesteuert wird."

Der Einsprecher beantragt folgende Korrektur:

"Der Gemeinderat muss sich der Unabhängigkeit verpflichten, der Gemeinderat infor-

Sprecher/in

Irène Zingg-Vetter
(FDP)

miert mit Steuergeldern, im Gegensatz zur NLZ, die durchaus ein **Privataktionariat** sowie Inserenten hat und auch so gesteuert wird."

Gegen die Korrektur wird nicht opponiert. Somit ist auch das Protokoll Nr. 313 mit der Korrektur genehmigt.

Dringliche Vorstösse

Dringliches Postulat Nr. 617/2009 von Hans-Ruedi Jung, CVP: Primarschule Biregg - Schulräume Hubelmatt

Die Dringlichkeit ergibt sich dadurch, dass Sie die Mitteilung und Information des Gemeinderates gehört haben, wonach die Schule Biregg geschlossen wird und die Schüler mit dem Bus in die Schule nach Horw gefahren werden sollen. Bevor der Entschluss feststand habe ich den Vorstoss eingereicht und den Gemeinderat gebeten, uns die Unterlagen, wie er die beiden Varianten Bus und Hubelmatt beurteilt, darzulegen. Insofern ist die Thematik aktuell und Dringlichkeit gegeben, da man jetzt noch darüber diskutieren kann.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Der Gemeinderat bestreitet die Dringlichkeit nicht.

Markus Hool (FDP)

Dringliches Postulat Nr. 618/2010 von Rita Wyss, L2O, und Mitunterzeichnenden: Nationaler Sammeltag der Glückskette für Haiti

Letzte Woche wurde Haiti von einem verheerenden Erdbeben heimgesucht. In der Zwischenzeit wissen wir alle, dass es sich um eine humanitäre Katastrophe handelt. Wir alle haben Bilder im Kopf, die tief bewegen und betroffen machen. Heute ist der nationale Sammeltag der Glückskette. Mit dem als dringlich eingereichten Postulat möchte die L2O dem Einwohnerrat vorschlagen, zu Gunsten der Glückskette auf das heutige Sitzungsgeld zu verzichten. Zusätzlich soll der Gemeinderat pro Einwohner/-in von Horw 2 Franken spenden. Ich bitte Sie, das Postulat als dringlich zu überweisen.

Rita Wyss (L2O)

Der Gemeinderat bestreitet die Dringlichkeit nicht.

Oskar Mathis (L2O)

Dringliche Interpellation Nr. 581/2010 von Urs Rölli, FDP, und Mitunterzeichner: Massive Kostenüberschreitung bei der Spissenstrasse

Irène Zingg-Vetter
(FDP)

Heiri Niederberger befindet sich bei der Behandlung des Geschäfts im Ausstand.

Die Dringlichkeit der Interpellation ergibt sich einerseits dadurch, dass der Entscheid des Gemeinderates über die "Eröffnung der Beitragsverfügung" Ende November den Grundeigentümern zugestellt wurde und somit bei den Eigentümern eine grosse Unsicherheit herrscht. Andererseits gibt es eine massive Kostenüberschreitung und hängige Einsprachen vom 28. Dezember 2009, die das Budget 2010 eventuell zusätzlich belasten. In sechs Monaten, dies entspricht der Frist zur Beantwortung einer Interpellation, ist dieses Thema kalter Kaffee. Da das Anliegen dringlich ist, jedoch der Zeitpunkt der Eingabe sehr kurzfristig erfolgt ist, möchte ich dem Rat beliebt machen, dass die Interpellation in der Sitzung vom 25. März 2010 behandelt wird. Die Antworten werden dadurch qualifizierter ausfallen, u.a. auch die hängige Einsprache, und dem Gemeinderat bleibt genügend Zeit für die Beantwortung.

Urs Rölli (FDP)

Der Gemeinderat opponiert der Dringlichkeit, und zwar aus folgenden Gründen: Wir sehen nicht, wieso das dringlicher als innerhalb der normalen Fristen behandelt werden müsste. Die Strasse wurde gebaut, der Perimeter ist rechtskräftig und der Gemeinderat

Manuela Bernasconi
(CVP)

und die Strassengenossenschaften haben, nach Aussage der Präsidenten, die Rechnungen genehmigt. Die Kosten wurden erlassen, die Rechtsmittel sind von einigen Anwohnern ergriffen worden und es hat keinen Einfluss, ob das heute beantwortet wird. Wir können die Fragen selbstverständlich beantworten, sehen aber die Dringlichkeit nicht.

Wie ich erläutert habe, ist die Dringlichkeit dadurch gegeben, dass die Anwohner in einer Unsicherheit sind. Zudem habe ich erfahren, dass die Anwohner eine Mahnung erhalten haben, obwohl die Zahlungsfrist von 60 Tagen noch nicht abgelaufen ist. Ich habe beantragt, die Interpellation am 25. März 2010 zu behandeln und dann würden die Anwohner und auch wir im Rat sehen, was auf uns zukommen könnte.

Urs Rölly (FDP)

Es gibt gesetzliche Normen, die definieren eine Kostenabweichung von rund 20 %. Hier werden Mehrkosten von 40 % ausgewiesen, d.h. ein Rechtsstreit ist mit höchster Wahrscheinlichkeit vorprogrammiert und das verlangt eine Stellungnahme des Gemeinderates. Die angesprochene Einsprachefrist beträgt 60 Tage. Von der Verwaltung wurde eine 1. Mahnung versandt, obwohl das Verfahren unterbrochen wird, wenn man Einsprache macht. Dies betrifft eine Rechnung der Gemeindekanzlei vom 27. November 2009, bei der als Verfalldatum der 28. November 2009 aufgeführt ist, also 1 Tag Zahlungsfrist. Wenn Sie der Dringlichkeit zustimmen wissen Sie, was dort effektiv abgegangen ist und dann können wir uns auch ein objektives Urteil bilden, ob die 40 % Mehrkosten gerechtfertigt sind oder nicht. Es geht nicht darum, dass man die 40 % bis aufs Letzte verurteilt, sondern es geht um die Frage, warum diese entstanden sind. Erst dann dürfen wir ein Urteil fällen, ob das auf die jeweiligen Eigentümer abzuwälzen ist oder ob das rechtliche Konsequenzen haben darf, da man nur im Rahmen von 20 % Mehrkosten haben darf. Ich bitte Sie, die Dringlichkeit der Interpellation zu unterstützen, ich meine aber auch, dass es sinnvoll ist, das an der nächsten Sitzung zu behandeln, da die Fragestellung zum Teil so ist, dass man es nicht heute beantworten kann.

Roger Jenni (FDP)

Ich möchte erklären, warum die Interpellation für die SVP-Fraktion eine dringliche Behandlung rechtfertigt. Wenn das stimmt, dass am 12. September 2008 die letzten Arbeiten gemacht worden sind und man uns am 15. Januar 2009, als wir das Budget behandelt haben vorgegaukelt hat, es koste 780'000 Franken, dann gibt es zwei Varianten. Entweder hat uns dort der Gemeinderat wissentlich oder unwissentlich die Wahrheit verschwiegen oder, was ebenso schlimm ist, die Herren oder Damen der Oberbauleitung, die die Kostenkontrolle haben sollten, hatten das absolut nicht im Griff, wenn man 4 Monate, nachdem die letzten Arbeiten ausgeführt wurden, 30 % mit den Kosten daneben liegt. Aus diesem Grund mache ich Ihnen die Dringlichkeit beliebt und da der Interpellant so grosszügig und damit einverstanden ist, das erst im März zu behandeln, schliessen wir uns dem an.

Robert Odermatt
(SVP)

Zu den Mahnungen kann ich sagen, dass im Debitorenprogramm die Frist nicht richtig eingegeben wurde. Das ist ein Fehler von uns, der uns allen leid tut. An die Anwohner wurde ein Entschuldigungsschreiben versandt und mitgeteilt, dass der Betrag nicht gemäss Mahnung gefordert wird und wir erwähnen auch, dass Einsprache erhoben wurde und diese nach dem ganz normalen Verfahren behandelt wird.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Ich spüre, dass Sie die Antworten möchten und ich sehe auch, dass sehr viele Falschmeinungen vorhanden sind, die ich so schnell wie möglich richtig stellen möchte. Aus dem Grund kann man das nicht aufschieben und wenn Sie einverstanden sind, werden wir das für die März-Sitzung traktandieren.

Ich bin der Meinung, wenn von einer Einsprachemöglichkeit Gebrauch gemacht wird, darf der Betrag nicht gemahnt werden. Dieser dürfte erste eingefordert werden, wenn

Roger Jenni (FDP)

Einigkeit besteht oder das Gericht entschieden hat. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie unmissverständlich Stellung dazu nehmen, dass die Leute nicht gezwungen sind, die Mahnung, egal ob das Datum stimmt oder nicht, zu zahlen.

Es ist so, dass das sistiert wird, wir haben das auch in dem Schreiben erwähnt. Es ist leider im System nicht passiert, denn das läuft auf einer anderen Schiene.

Ich stelle den Antrag, dass man die Rechnung vorgängig auch von der Bau- und Verkehrskommission überprüfen lässt.

Damit wir eine Prüfung machen können, müssen wir im vollumfänglichen Besitz der Dokumente sein. Wenn wir allenfalls auf Fragen stossen, die noch Antworten erfordern und wir diese nicht vor der nächsten Einwohnerratssitzung erhalten, sagt der Gemeinderat, er habe noch keine Antwort von der BVK. Ihr Anliegen ist verständlich, ich bitte Sie aber, den Antrag zurückzuziehen und das als Wunsch anzubringen.

Wenn der Präsident der BVK die Meinung hat, ziehe ich den Antrag selbstverständlich zurück. Mein Anliegen ist, dass die Rechnung von Fachleuten überprüft wird, weil wir hier im Rat das sonst schlecht beurteilen können.

Gegen die dringliche Entgegennahme der Interpellation durch den Gemeinderat und die Behandlung an der nächsten Sitzung wird nicht opponiert.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Roger Eichmann
(CVP)

Roger Jenni (FDP)

Roger Eichmann
(CVP)

Irène Zingg-Vetter
(FDP)

1. B+A Br. 1413 Budget 2010, Version 2

Eintreten GPK

Nachdem die Würdigung des Budgets 2010 bereits beim Eintreten auf den B+A Nr. 1409 anlässlich der Novembersitzung stattgefunden hat, beschränke ich mich im Votum der GPK auf eine Schilderung der Ausgangslage und einen Kommentar der vorgenommenen Änderungen.

Ausgangslage:

Am 15. Januar 2009 wurde das Budget 2009 in seiner 2. Version durch den Einwohnererrat beschlossen. Anlässlich der Budgetberatung hat sich der Einwohnererrat einstimmig für einen Steuerrabatt von 1/20 Steuereinheiten ausgesprochen. Mit B+A Nr. 1409 hat der Gemeinderat im letzten Herbst dem Einwohnererrat ein Budget vorgelegt, das

- einen Aufwandüberschuss von fast 2.5 Mio. Franken ausweist
- keinen Steuerrabatt von 1/20 Einheiten mehr gewährt, also faktisch eine Steuererhöhung beinhaltet.

Am 19. November hat der Einwohnererrat das Budget 2010 auf Antrag der GPK, sowie von CVP, SVP und FDP zurückgewiesen. Ich zitiere den Antrag der GPK: "Das vorliegende Budget vermag die Kommission nicht zu begeistern. Bei einer faktischen Steuererhöhung um 1/20 Einheit ist ein Aufwandüberschuss von fast 2.5 Mio. Franken nicht akzeptabel. Die Kommission stellt deshalb einen Antrag auf Rückweisung, verbunden mit einem klaren Auftrag an den Gemeinderat. Nämlich: Das Budget ist zu überarbeiten, mit der Zielsetzung eines maximalen Aufwandüberschusses von 1.5 Mio. Franken." Weiter haben wir ausgeführt, wie dieses Ziel zu erreichen ist.

Thomas Zemp (CVP)

Mit dem B+A Nr. 1413 legt uns der Gemeinderat das überarbeitete Budget 2010 vor. Die GPK kommt zu folgenden Feststellungen und Anmerkungen:

- Das vorgegebene Ziel eines maximalen Aufwandüberschusses von 1.5 Mio. Franken wurde erreicht, ja sogar übertroffen.
- Die Budgetanpassungen sind in Form einer Tabelle im Kapitel 9 im Anhang übersichtlich und nachvollziehbar dargestellt. Zusammengefasst wird der Aufwandüberschuss wie folgt reduziert:
 - 15% oder 167'000 Franken durch aktuellere Zahlen oder Korrektur von Budgetfehlern
 - 24% oder 261'000 Franken durch Aufschub, das betrifft vor allem Sachaufwand
 - 38% oder 400'000 Franken durch allg. Kürzungen oder Leistungsabbau, beim Sachaufwand und beim Personal
 - 23% oder 250'000 Franken durch die Budgetierung höherer Nachträge früherer Jahre

Die GPK ist mit diesen vom Gemeinderat getroffenen Einzelmassnahmen einverstanden und wird diesbezüglich keine Abänderungsanträge stellen. Zwecks Beurteilung und Festlegung des Steuerfusses für 2010 hat sich die GPK vom zuständigen Gemeinderat und vom Finanzsekretär auch über die Steuererträge 2009 und das voraussichtliche Ergebnis der Rechnung 2009 informieren lassen. Auf dieser Basis wurde über Chancen und Risiken einer Veränderung des Steuerfusses diskutiert, was letztlich in einem Antrag auf eine Festsetzung bei 1.55 Einheiten resultierte. Da wir keine weiteren Kompensationsanträge stellen werden, würde der Aufwandüberschuss damit auf 2.4 Mio. Franken steigen. Die Begründung zu diesem Antrag folgt bei der Antragsstellung. Die GPK ist für Eintreten und dankt allen Beteiligten für die Vorbereitung der Unterlagen.

Eintreten BVK

Das vorliegende Budget hat in baurelevanten Belangen resp. gemäss der im Anhang aufgeführten Liste der Änderungen, nur marginale Konsequenzen. Eine knappe Mehrheit der BVK hat den Antrag gestellt, die Beleuchtung der Sportanlage Seefeld zu belassen. Ansonsten ist die Kommission ohne Gegenstimme für Eintreten und Genehmigung des vorliegenden Budgets.

Roger Jenni (FDP)

Eintreten GSK

Erfreulich ist, dass der Gemeinderat den Antrag der Kommissionsmehrheit der GSK aufgenommen hat, die zusätzlichen 55'000 Franken für die Spitex zu streichen. Weniger erfreulich ist die budgetierte Zunahme von rund 8 % für die wirtschaftliche Sozialhilfe. Der Bedarf ist aber schwierig abzuschätzen und stark abhängig davon, wann die Wirtschaft wieder anzieht.

Markus Bachmann
(SVP)

Zurzeit völlig offen ist der mutmassliche Betrag der Gemeinde an die Pflegefinanzierung. Aus diesem Grund hat Horw in Absprache mit den übrigen Agglomerationsgemeinden auf die Budgetierung dieses Jahr verzichtet. Der Bundesrat hat zwischenzeitlich auch entschieden, das In-Kraft-Treten der Neuordnung der Pflegefinanzierung vom 1. Juli 2010 auf den 1. Januar 2011 zu verschieben.

Die GSK ist für Eintreten auf den B+A Nr. 1413.

Eintreten CVP

An der letzten Einwohnerratssitzung ist das Budget 2010 mit 17:10 Stimmen zurückgewiesen worden. Die Rückweisung war mit der Aufforderung verbunden, den Aufwandüberschuss von rund 2.4 Mio. Franken um ca. 1 Mio. Franken zu kürzen. Den Auftrag des Einwohnerrates hat der Gemeinderat in der 2. Version des Budgets 2010 erfüllt. Die CVP-Fraktion ist für Eintreten und Annahme des vorliegenden Budgets.

Rita Sommerhalder
(CVP)

Eintreten SVP

Alwin Larcher (SVP)

Die Rückweisung des Budgets durch den Einwohnerrat hatte mit einem ganz präzisen Auftrag Bewandtnis, nämlich dass der Gemeinderat eine Aufgabenüberprüfung machen müsse. Das wäre schon aufgrund der Motion 261 angezeigt, die eigentlich kontinuierlich bearbeitet und wenn möglich, schrittweise realisiert werden sollte. Von einer Aufgabenüberprüfung kann keine Rede sein, denn ein Grossteil der Verbesserung ist den aktuelleren Daten zuzuschreiben. Das lässt darauf schliessen, dass die früher schon von uns geforderte Vorverlegung der Budgetpräsentation auf Oktober, keinen wesentlichen Nachteil hätte. Wenn man bei der Vorlage im November, wo der Gemeinderat immer sagt, er habe dann genauere Daten, noch derart grosse Differenzen konstatieren muss, dann kann man es sehr wohl auch einen Monat früher machen. Wenn wir das Budget im Oktober zurückweisen würden, hätte der Gemeinderat noch bis zur letzten Sitzung im November Zeit, ein verbessertes Budget vorzulegen. Unter den allgemeinen Kürzungen haben wir in der Hauptsache Positionen, die von ausserhalb beeinflusst werden, ebenso der sog. Leistungsabbau. Also muss man feststellen, dass die ganze Übung lediglich Kosmetik ist. Ein kleiner, aber deftiger Skandal ist die Position 30102, Neuschaffung einer befristeten Stelle für das Projekt Sozialräumliche Jugendarbeit, deren Kosten man kurzerhand dem Gemeinderatskredit belastet hat. Auch die weniger aktenkundigen Gemeinderätinnen und Gemeinderäte sollten wissen, dass der Kredit nicht für solche Zwecke bestimmt ist. Als Konsequenz werden wir versuchen, den Jekami-Ausgabentopf bei der nächsten Gelegenheit zu reduzieren. Kein Wort ist über den Wegfall des Steuerrabatts 2009 verloren gegangen, was für den Steuerpflichtigen effektiv einer Steuererhöhung gleichkommt. Die Rückweisung des Budgets durch den Einwohnerrat ist somit im wahrsten Sinne des Wortes für die Katz. Jegliche Hoffnung ist in unserer Fraktion dahin, dass sich der Gemeinderat in seiner jetzigen Zusammensetzung jemals ernsthaft mit einer Redimensionierung der Ausgaben auseinandersetzen wird. Wir sind für Eintreten auf den B+A Nr. 1413.

Eintreten FDP

Roger Jenni (FDP)

Der Auftrag des Einwohnerrates an den Gemeinderat ist mit dem vorliegenden Budget mit einem Defizit von 1.4 Mio. Franken erfüllt. Das wird von der FDP grundsätzlich begrüsst, obwohl man inhaltlich geteilter Meinung sein kann. Es wurde angesprochen, dass man den Steuerrabatt, allenfalls den Steuerfuss, senken möchte bzw. den Rabatt noch einmal beibehalten möchte. Das hätte zur Folge, dass wir Einwohnerräte dem widersprechen würden, was wir verlangt haben. Ich stelle uns als unglaublich dar, wenn wir auf einem anderen Weg aus den gewünschten 1.4 Mio. Defizit wieder 2.4 Mio. Franken machen. Das war nicht der Auftrag an den Gemeinderat und wir halten das für ein falsches Zeichen. Politisch mag das interessant sein, der Steuersatz allein ist aber nach Umfragen nicht der priorisierte Grund für Zuzüger/-innen. Weiter sind gewisse Sachen noch nicht berücksichtigt, z.B. was mit den Gemeindebeihilfen von 250'000 Franken passieren wird. Wir haben auch den CKW-Konzessionsvertrag nicht angenommen, wobei die Konsequenzen noch nicht bekannt sind, wir haben Pflegehilfen, die vom Kanton beschlossen werden, diese können allenfalls auch noch für uns wirksam werden, wir haben keine Schulden abgebaut und wir haben auch kein Potenzial für allfällige Neuzuzüger, mit denen Bauwerke in grossem Ausmass entstehen würden. Infolgedessen ist die FDP-Fraktion für die Genehmigung und Annahme des vorliegenden Budgets und wird einem Antrag für allfällige Steuerreduktionen opponieren.

Eintreten L20

Konrad Durrer (L20)

Als erstes möchte ich zwei Aspekte voneinander trennen. Erstens, den Antrag der GPK, die Steuern trotz grossem Defizit zu senken und zweitens, den eigentlichen Auftrag, das Budget mit einem Defizit 1.5 Mio. Franken, wie es jetzt vorliegt, zu behandeln. Fürs Erste eine grundsätzliche Überlegung: Wir fragen uns, was für ein Zukunftskonzept diejenigen antreibt, die der Gemeinde systematisch Einkommensquellen entziehen wollen. Ich kann sagen, was uns antreibt. Es könnte z.B. sinnvoller sein, im Hinblick auf die

Ortsplanung strategische Landreserven zu erwerben anstatt alles um jeden Preis zu verkaufen. Wir wollen weiterhin attraktive Schulen für Zuzüger/-innen und Bewohner/-innen haben. Wir möchten ein gepflegtes Ortsbild, wo die Spielplätze sauber und gut unterhalten sind. Die Nebelgranate "Steuersenkung" soll uns aber nicht daran hindern, auch das Budget noch einmal genauer anzuschauen. Die neuen Zahlen sind durch diverse Aufschübe und einige Verzichtete erreicht worden. Wir halten die Verzichtete für unnötig und für die Gemeinde kontraproduktiv. Die Halbierung der Lohnerhöhung für das Gemeindepersonal führt, wie schon der Gemeindeammann der GPK erklärt hat, allenfalls zu Rekrutierungs- und Motivationsproblemen. Bei der Sportanlage wird sozusagen beim Innenausbau gespart. Man hat zwar eine neue Wohnung bezogen, nimmt aber die alte Küche, sprich Beleuchtung und Zeitmessanlage noch mit. Den Mitarbeitenden wird das Budget für Weiterbildung gekürzt, was die viel geforderte Eigeninitiative wohl nicht gerade fördert. Auf die Anschaffung von Parkuhren wird verzichtet, obwohl das wahrscheinlich der Zins am höchsten wäre. Das Baudepartement soll weniger Fachleute beiziehen können und Spielgeräte sollen nicht mehr repariert werden. Da spielen wir nicht mit und werden nötigenfalls entsprechende Anträge in der Detailberatung stellen. Ferner muss ich noch einmal darauf hinweisen, was ich schon bei der letzten Behandlung gesagt habe und zwar, dass das Defizit nicht primär eine Folge der Gemeindepolitik ist, ja nicht einmal ihrer Ausgabenpolitik, sondern des bürgerlichen Spareifers auf kantonaler Ebene, der die Einnahmenseite einfach schrumpfen lässt. Wir sind für Eintreten auf den B+A Nr. 1413.

Sie hatten uns den Auftrag gegeben, ein anderes Budget vorzulegen, wir erinnern uns, das Defizit betrug 2.4 Mio. Franken. Tatsächlich ein Mehraufwand gegenüber dem Vorjahr, aber nicht aus einem Wunschkonzert heraus, sondern mit mehr Sachen, die uns belastet werden. Wir haben den Auftrag ernst genommen und konnten die 1 Mio. Franken korrigieren. Dieses bei gleichem Steuerfuss von 1.6 Einheiten. Es war nicht einfach, selbstverständlich gab es einzelne Korrekturen, es gab aber auch neue Erkenntnisse. Ich will nicht sagen, ein Budget sei eine rollende Planung, wie ein Finanz- und Aufgabenplan, aber neue Erkenntnisse können einfließen. Das neue Defizit von 1.377 Mio. Franken ist aufgrund der wirtschaftlichen Situation, des Umfelds und nicht zuletzt auch wegen unserem Eigenkapital zu verantworten. Eine Diskussion um die Steuerfussenkung wäre absolut unvernünftig, man würde in jedem Jahr zusätzlich 1 Mio. Franken belasten und wir kämen nicht mehr aus den roten Zahlen heraus. Herr Larcher hat die Aufwandpositionen erwähnt, Sie vergessen aber, dass auch die Ertragsseiten derzeit schmaler sind und dementsprechend auch nicht zu einem ausgeglichenen Budget führen können. Es ist nicht so, dass wir nicht Rücksicht auf die Motion 261 nehmen. Es ist im Moment eine sehr grosse und zeitintensive Aufgabe, die wir gerne machen und bei der wir auch zu Resultaten kommen möchten. Es ist fast ein wenig populistisch, immer nur von der Aufwandseite zu sprechen, man muss auch wissen, was wir für Potenzial auf der Ertragsseite haben. Wenn man das vernachlässigen möchte, kann ich Ihnen aufzeigen, was uns in der nächsten Zeit erwartet:

- CKW-Konzessionsgebühren von ca. 100'000 Franken.
- Je nachdem wie der Volksentscheid zu den Gemeindebeihilfen ausfällt, kann uns eine Mehrbelastung von 250'000 Franken ins Rechnungsjahr fallen.
- Wir haben auch gewisse Risikofaktoren bei den Steuererträgen.
- Steuergesetzrevision von rund 1.8 Mio. Franken.
- Steuergesetzrevision für juristische Personen von ca. 0.5 Mio. Franken.
- Bei der Pflegefinanzierung zeichnet sich ab, dass diese für Horw ca. 1.2 Mio. Franken betragen wird.

Also grob geschätzt ca. 3.5 Mio. Franken, über die wir im Budget 2011 miteinander diskutieren werden.

Gianmarco Helfenstein
(CVP)

Detailberatung

301 Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal, S. 8

Die Löhne sind um 86'700 Franken reduziert worden. Wir stellen den Antrag, zwecks Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit und zur Motivation des Personals, den Betrag wieder in das Budget zu nehmen.

Konrad Durrer (L2O)

Stimmen Sie dem Antrag nicht zu. Wenn ich Mitgefühl gegenüber den Angestellten habe, ist das emotional gesehen eine Sache, die seine Berechtigung hat, aber denken Sie weiter. Wir haben eine Minusteuerung, also die Leute haben ohnehin schon, ohne eine Lohnerhöhung, über ein halbes Prozent mehr zur Verfügung. Wir sind in einer Zeit, wo allgemein keine Lohnerhöhungen gezahlt werden können und als Gemeinde, die den Auftrag hatte, den Aufwandüberschuss um 1 Mio. Franken zu reduzieren muss man sich auch die Frage stellen, wo man am Schluss noch sparen will, wenn man keinen Leistungsabbau und nicht weniger Lohn zahlen will.

Roger Jenni (FDP)

Ich mache darauf aufmerksam, dass wir in anderen Jahren die Teuerung auch nicht ausgeglichen haben. Das ist ein Muster, das sich jetzt schon seit Jahren fortsetzt.

Konrad Durrer (L2O)

Die Lohnpolitik ist sehr restriktiv und nicht so, dass man automatisch mehr Lohn erhält. Im Vergleich zu anderen Agglomerationsgemeinden sind wir nicht an der Spitze. Wir haben gute Löhne, merken aber, wenn wir eine Stelle neu besetzen, dass wir dazugeben müssen. Unser Lohnsystem hinkt ein wenig hinten nach, wir möchten junge Leute und gute Leute fördern und nicht linear über alle mehr Lohn geben.

Gianmarco Helfenstein (CVP)

Abstimmung:

Antrag der L2O, die Reduzierung der Lohnsummenanpassung von 1 % auf 0.5 % nicht vorzunehmen und die 86'700 Franken im Budget zu belassen.

Irène Zingg-Vetter (FDP)

Der Antrag wird mit 6:22 Stimmen abgelehnt.

Zinsen, S. 23

In Bezug auf den Zinsaufwand frage ich den Gemeinderat, ob es eine Überlegung wert wäre, jeweils die Einzahlungsscheine für die Vorauszahlung der Steuern früher zu verschicken.

Marcel Zimmermann (SVP)

Nächste Woche werden die Unterlagen verschickt und da ist ein Einzahlungsschein dabei. Aber ich habe die Problematik nicht ganz verstanden, denn frühe Einzahlungen ergeben für uns einen Zinsaufwand bzw. der Steuerzahler kann von 1 % Zins profitieren.

Gianmarco Helfenstein (CVP)

Die Überlegung ist, ob es nicht günstiger wäre, den Steuerzahlern 1 % Zins zu zahlen als das Geld bei der Bank aufzunehmen.

Marcel Zimmermann (SVP)

Kurzfristige Gelder erhalten wir heute zu einem Zinssatz von weniger als 1 %.

Gianmarco Helfenstein (CVP)

230130 Sportanlagen Seefeld, S. 30

Die BVK stellt den Antrag, die Beleuchtung der Sportanlage Seefeld wieder in das Budget aufzunehmen. Die neue Beleuchtung würde weniger Energie benötigen und die Reklamationen aus der Umgebung, dass die Scheinwerfer bis in die Ebenastrasse leuchten, würden endlich aufhören.

Reto Deschwanden (CVP)

Ich habe zwei Anträge, und zwar zur Zeitmessanlage und zur Sportplatzbeleuchtung:

Franz Leipold (L2O)

Gehen wir doch mit der Zeit. Eine gelungene Sportanlage, von vielen Sportlerinnen und Sportlern, Schülerinnen und Schülern tagtäglich benützt, eine solche Anlage braucht eine richtige Zeitmessanlage. Sonst werden unsere Sportler und Sportlerinnen mit der Zeit gehen. Wir sind so vermessen und beantragen, dass die Zeitmessanlage durch eine zeitgemässe Anlage ersetzt wird und somit der entsprechende Betrag wieder ins Budget aufgenommen wird.

Bei Lichtproblemen und optischer Umweltverschmutzung werde ich immer - nicht nur hellhörig, sondern auch hellstichtig. Ich habe selber eine Strassenlaterne vor dem Haus, die in alle möglichen und unmöglichen Stellen zündet. Die Sportplatzbeleuchtung ist für die Anwohnerinnen und Anwohner ein Dauerthema. Mit einer neuen Beleuchtungsanlage wird der Ball wieder sichtbar, die Lichtverschmutzung wird verringert und der Energieverbrauch massiv reduziert. Wir unterstützen den Antrag der BVK, dass die alte Beleuchtungsanlage durch eine erhellende Neuanlage ersetzt wird.

Ich spreche nicht im Namen der BVK, sondern in meinem. Die Beleuchtung der Sportanlage mag ein wenig unglücklich scheinen, sie mag auch ein wenig mehr Energie brauchen als modernere Anlagen. Nur eines verstehe ich nicht. Es ist eine Anlage, die noch funktioniert und es ist eine Anlage, die, wenn man sie heute nicht saniert, in der Konsequenz keine Folgekosten hat. Es kommt sicher noch die Idee, dass man sagt, damit es nicht budgetrelevant ist, kann man es in die Investitionsrechnung nehmen, denn es wurde ja beim Bauen vergessen. Aber wir müssen doch so vernünftig sein und sagen, dass man die Anlage erst nächstes oder übernächstes Jahr oder dann, wenn sie aussteigt, ersetzt. Und wenn die Beleuchtung von heute auf morgen aussteigen würde, könnte sie mit einem Gemeinderatskredit erneuert werden. Unterstützen Sie den Antrag bitte nicht.

Roger Jenni (FDP)

Bei der Zeitmessanlage bitte ich Sie auch, den Antrag nicht zu unterstützen. Es ist so, dass die Zeitmessanlage ihr Alter erreicht hat, die Anlage darf auch im 2011 nicht mehr laufen, weil man sie dann nicht mehr kalibrieren kann. Aber warum will man sie jetzt schon erneuern, wenn es erst 2011 notwendig ist. Man sollte im Budget auch nicht sagen, dass sie gestrichen, sondern aufgeschoben wird.

Abstimmungen:

Antrag der BVK und der L2O, die Sportplatzbeleuchtung der Sportanlage Seefeld in Höhe von 60'000 Franken im Budget zu belassen.

Der Antrag wird mit 12:16 Stimmen abgelehnt.

Irène Zingg-Vetter (FDP)

Antrag der L2O, die Zeitmessanlage der Sportanlage Seefeld in Höhe von 20'000 Franken im Budget zu belassen.

Der Antrag wird mit 6:22 Stimmen abgelehnt.

5304 Öffentliche Freizeitanlagen, S. 54

Der Gemeinderat schlägt vor, auf den Ersatz von Spielgeräten auf öffentlichen Spielplätzen zu verzichten. Wenn ein Spielgerät kaputt geht, soll es nicht ersetzt, sondern demontiert werden. Das ist schlecht für das Renommee und die gesamte Wahrnehmung der Gemeinde.

Jörg Stalder (L2O)

Wir haben mehrere Spielplätze und die Spielgeräte werden jährlich überprüft. Der Gemeinderat hat einen Sparauftrag und eine mögliche Massnahme ist, Spielgeräte, die man nicht mehr so weiterverwenden kann, zu entfernen und nicht mehr zu ersetzen.

Susanne Heer (FDP)

Sowohl Herr Stalder als auch Frau Heer zweifeln offenbar an den Fähigkeiten der Mitarbeiter des Werkhofes. Die Devise, Spielgerät defekt ist gleich abmontieren, das muss nicht unbedingt unser Ziel sein. Der Werkhof hat genügend, sehr gut qualifizierte Leute, die tatsächlich im Stande sind, ein defektes Spielgerät zu reparieren. In dem Sinn bitte ich Sie, den Antrag von Herrn Stalder abzulehnen.

Robert Odermatt
(SVP)

In der BVK hat man uns erklärt, das sei so etwas wie eine Präventivposition, gestützt aus der Erfahrung vergangener Jahre. Der Budgetposten, über den wir entscheiden betrifft ein Jahr und wenn sich in einem Jahr herausstellt, dass der von Herrn Stalder befürchtete worst case eintritt, dann hat das irgendwann einfach eine kleine Positionserhöhung zur Folge. Wir verlangen 1 Mio. Franken weniger Aufwandüberschuss und haben immer das Gefühl, man könnte am Schluss an Positionen herumschrauben. Herr Odermatt hat gesagt, dass vieles reparierbar ist, ansonsten kann man bei uns im Werkhof auch noch alte Pneus abholen. Kinder sind sehr ideenreich, was Spielsachen anbelangt. Ich bitte Sie, dem Antrag nicht zuzustimmen.

Roger Jenni (FDP)

Die Mitarbeiter machen natürlich Kleinreparaturen, aber es ist nicht ihre Kernaufgabe, Spielgeräte zu reparieren. Die Spielgeräte unterliegen strengen Vorschriften, die wir einzuhalten haben.

Susanne Heer (FDP)

Mir ist die Relation von dem Sparauftrag im Verhältnis zu dem, was sonst budgetiert ist, nicht ganz klar. Im 31101, Verzicht auf die Ersatzbeschaffung von Spielgeräten, sind 8'000 Franken unter dem sog. Leistungsabbau. Wieviel ist denn die gesamte Leistung?

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Das Spardenken fängt dort an, dass man Leistungen, die man sich eingekauft hat, kostengünstiger mit dem Werkhofpersonal ausführen kann. Im Hinblick auf die Motion 261 gehört es zwingend dazu, wenn die Aufgaben des Werkhofes noch nicht so definiert sind, dass mitberücksichtigt wird, was der Gemeindewerkhof noch alles machen kann. Da sparen Sie Geld, denn die Leute haben die Fähigkeiten und Einrichtungen und uns erklärt der Gemeinderat, das sei nicht die Kernkompetenz der Werkhofmitarbeitenden.

Roger Jenni (FDP)

Ich möchte bemerken, dass man nicht einfach Pneus auf den Spielplatz stellen kann. Es bestehen sehr strenge Sicherheitsvorschriften, die Geräte müssen geprüft und sicher sein, die Normen sind extrem streng.

Miriam Scammacca
Albisser (L2O)

Wir haben in unserer Kommission darauf vertraut, dass wirklich nur das geändert worden ist, was in der Zusammenstellung ist. Ich habe jetzt auch den Betrag gesucht und ich weiss nicht genau, welche Budgetposition das ist. Ich habe im alten Budget geschaut und stelle fest, dass unter Position 5304 (S. 53) andere Zahlen sind, z.B. haben wir jetzt Verbrauchsmaterialien in Höhe von 28'000 Franken, die vorher gar nicht im Budget waren.

Thomas Zemp (CVP)

Das bedarf einer näheren Abklärung und wir stellen es daher zurück.

Irène Zingg-Vetter
(FDP)

5604 Öffentlicher Verkehr, S. 68

Was gedenkt der Gemeinderat zu tun, damit Kostensteigerungen in dem Ausmass in Zukunft verhindert werden können?

Marcel Zimmermann
(SVP)

Im Prinzip gäbe es nur einen Weg, und zwar Haltestellen schliessen, das kann es aber nicht sein. Die extreme Kostensteigerung basiert auf der neuen Berechnungsgrundlage. Wir hatten vorher zwei verschiedene Rechnungssysteme und heute ist es nur noch abhängig von Haltestellen und Bewohnern auf kantonaler Ebene mit dem Verbund. Viel einschneidender ist aber noch, dass wir uns an den Kosten der Tieferlegung der Zent-

Gianmarco Helfenstein
(CVP)

ralbahn beteiligen müssen.

5904 Ertrag ordentliche Steuern, S. 81

Thomas Zemp (CVP)

Der Steuerfuss wird eigentlich mit dem Beschlusstext beschlossen. Da er aber Auswirkungen auf den Steuerertrag des laufenden Jahres hat, stellt die Geschäftsprüfungskommission an dieser Stelle den Antrag, den Steuerfuss bei 1.55 Einheiten festzusetzen.

Begründung:

Am 15. Januar 2009 wurde das Budget 2009 in seiner 2. Version durch den Einwohnerrat beschlossen. Anlässlich der Budgetberatung hat sich der Einwohnerrat einstimmig für einen Steuerrabatt von 1/20 Steuereinheiten ausgesprochen. Mit dem vorliegenden Budget wird dieser Steuerrabatt mehr oder weniger stillschweigend aufgehoben. Faktisch resultiert das für den Steuerzahler in einer Steuererhöhung von 1/20 Einheit. Allein schon das rechtfertigt mindestens eine Diskussion über die Festlegung des Steuerfusses.

Was spricht gegen eine Reduktion des Steuerfusses:

- Das Budget weist bereits jetzt einen Aufwandüberschuss aus. Mit einer Reduktion des Steuerfusses um 1/20 Einheit würde dieser, keine weiteren Kompensationen vorausgesetzt, auf 2.4 Mio. Franken ansteigen.
- Die Entwicklung der Wirtschaftslage birgt Unsicherheiten.
- Ab 2011 wird die neue Pflegefinanzierung einen noch unbekannten aber voraussichtlich namhaften Mehraufwand verursachen.
- Aufgrund eines Konkurses müssen eventuell einmalig Steuerabschreibungen von ca. 1 Mio. Franken vorgenommen werden.
- Eventuell werden in der Referendumsabstimmung die AHV- und Mietzinsbeihilfen wieder eingeführt.
- In den kommenden Jahren stehen hohe Investitionen an, insbesondere beim Oberstufenschulhaus.

Was spricht für eine Reduktion des Steuerfusses:

- Der Steuerertrag für 2009 entwickelt sich mit Einnahmen von total 42.265 Mio. Franken genau nach Budget. In Einzelpositionen bestehen zwar Abweichungen, in der Summe erreichen wir das Budget aber bis auf 20'000 Franken.
- Die Rechnung 2009 wird voraussichtlich leicht besser abschliessen als der budgetierte Aufwandüberschuss von 2.258 Mio. Franken. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass dieses Resultat erreicht wird, obwohl die budgetierten Buchgewinne von 0.4 Mio. Franken durch Liegenschaftsverkäufe nicht realisiert wurden. Dieses Ergebnis wird auch erreicht, obwohl Gemeinderatskredite im Umfang von rund 0.9 Mio. Franken gesprochen wurden, die, soweit sie nicht Spezialfinanzierungen betreffen, ebenfalls ergebniswirksam sind. Dass der Gemeinderat unter diesen Bedingungen den Aufwandüberschuss voraussichtlich trotzdem unterschreiten kann, ist eine super Leistung und verdient Anerkennung. Offensichtlich konnten anderweitig Einnahmen generiert oder Ausgaben vermieden werden.
- Das Steuersubstrat von Horw hat Entwicklungspotenzial. Kurzfristig erwarten wir noch verschiedene Neuanmeldungen: Beispielsweise wurden an der Kreuzmattstrasse zehn Wohneinheiten erstellt, welche für 2-3 Mio. Franken pro Einheit verkauft wurden. Weiter ist auch noch eine Anmeldung im Gebiet Waldwinkel zu erwarten. Mittelfristig wird auch die Revision der Ortsplanung weiteres Potenzial bringen.
- Die Gemeinde verfügt nach wie vor über genügend Eigenkapital zur Deckung von Risiken. Konkret 10.25 Mio. Franken per 31. Dezember 2008
- Weiter verfügt die Gemeinde über ein beträchtliches Finanzvermögen in Form von

Liegenschaften welches den bilanzierten Wert bei weitem übersteigen dürfte, Stichwort Stille Reserven. Diese Vermögenswerte könnten beispielsweise zur Finanzierung von grösseren Investitionsvorhaben herangezogen werden. Die effektive Drittverschuldung könnte damit reduziert werden.

Die Kommission hat nun alle die genannten Faktoren diskutiert, beurteilt und bewertet. Eine klare Mehrheit der Kommission kam dabei zum Schluss, dass eine Festsetzung des Steuerfusses bei 1.55 Einheiten, unter Berücksichtigung des Steuerrabattes also gleich wie im 2009, erstrebenswert und vertretbar ist. Wie bereits beim Eintreten erwähnt, verzichten wir auf Kompensationsanträge und akzeptieren unter diesen Voraussetzungen auch einen Aufwandüberschuss von 2.4 Mio. Franken. Ich bitte Sie, dem Antrag der GPK zuzustimmen.

Weniger Steuern zahlen, das hat seinen Reiz. Wenn wir eine Steuerreduzierung beschliessen, dann untersteht das einer Volksabstimmung. Wenn Sie das Volk fragen, ob es weniger Steuern zahlen will, wird das niemand verneinen. Theoretisch haben die Argumente etwas, dass man dem zustimmen könnte, nur die Praxis und der Zeitpunkt sind denkbar schlecht. Lustig ist auch, dass die GPK und der Vertreter des Antrages auch der Verfasser der Motion Nr. 261 ist und man heute schon, ohne das Vorliegen der Resultate der Motion, präventiv die Steuern senken möchte. Es gibt Sachen wie die Pflegefinanzierung oder die Volksabstimmung über die Gemeindebeihilfen, wo wir vor ungewissen Beträgen von 3.5 Mio. Franken stehen. Für 2010 funktioniert das schon, aber wenn das vor das Volk geht, gilt der Steuersatz inskünftig und nicht wie beim Steuerrabatt im vergangenen Jahr. Wenn man dann im 2011 sieht, dass es nicht mehr aufgeht, wird das Volk zu einer Anhebung des Steuerfusses nicht so einfach Ja sagen, wie es das zu einer Senkung getan hat.

Es wird immer das Verhältnis zwischen dem Einwohnerrat und dem Gemeinderat dargestellt. Hinter vorgehaltener Hand haben wir alle schon einmal gesagt, wir nehmen dem Gemeinderat ein wenig Geld weg, dann wird er gezwungen zu reagieren, wie wir es gerne hätten. Wenn das das Ziel sein soll, ist der Weg, die Reduzierung des Steuersatzes, der falsche. Wir müssen doch zuerst die Resultate der Motion Nr. 261 abwarten, der Planungsbericht kommt im September und wir müssen wissen, was die Konsequenzen von den angedrohten allfälligen Mehrkosten der 3.5 Mio. Franken sind. Wenn es das Budget dann noch zulässt, diskutieren Sie im 2011 über den Steuersatz und ich habe die vage Vermutung, dass es für Sie dann schwieriger sein wird als heute. Darum, der Antrag hat etwas, aber Vernunftsgründe sollten dafür sprechen, den Steuersatz zum jetzigen Zeitpunkt zu belassen, obwohl ich eigentlich ein Befürworter von Steuersenkungen bin. Wenn eine Steuersenkung im 2011 angebracht ist, werde ich den Antrag sehr gerne unterstützen, aber zum heutigen Zeitpunkt wäre das verantwortungslos. Was mich auch persönlich an der Geschichte stört, ist die Aufgabe, die wir dem Gemeinderat gegeben haben. Wir haben im November gesagt, dass wir mit einem Aufwandüberschuss von 2.5 Mio. Franken das Eigenkapital viel zu rasant abbauen und das Budget mit dem Auftrag zurückgewiesen, dass dieses 1 Mio. Franken weniger Aufwandüberschuss ausweisen soll. Der Gemeinderat hat den Auftrag erfüllt und jetzt kommen wir und wollen den Steuersatz senken, so dass der Aufwandüberschuss wieder 2.5 Mio. Franken beträgt. Somit wären wir zu wenig konsequent und hätten unser Wort nicht gehalten.

Horw hat weder einen überrittenen Steuersatz noch ist zurzeit genügend Sparpotenzial ausgewiesen. Wenn wir schon ein grösseres Defizit planen, dann mit sinnvollen und nötigen Ausgaben und nicht als Geschenk an die wenigen Superreichen der Gemeinde.

Eine verheiratete Person mit 100'000 Franken Einkommen, profitiert gerade mal von ca. 200 Franken, ein Einkommensmillionär zahlt 3'000 Franken weniger Steuern. Glauben

Roger Jenni (FDP)

Konrad Durrer (L2O)

Sie, dass er deswegen den Wohnsitz wechselt? Hinter dem Steuersenkungsvorschlag versteckt sich eine Auffassung "nach uns die Sintflut". Wenn jetzt alle Reserven verpuffen, und zwar nicht etwa für sinnvolle Investitionen, sondern für ein Phantom "neue Steuerzahler nach Horw locken", dann wird das nicht gelingen, denn

- der Leerwohnungsbestand ist zu klein, die Wohnungen dort hinten sind schon lange vermietet, auch mit dem bisherigen Steuerfuss. Ich möchte mich auch dagegen wehren, dass man meint, ein Steuerrabatt sei etwas, das immer gelte. Ein Steuerrabatt ist ganz klar als einmalige Angelegenheit ausgewiesen, die immer wieder beschlossen sein muss. Die Zuzüger sind sich also bewusst, dass das kein bleibender Steuerfuss ist.
- In den gehobeneren Wohnlagen ist noch immer jemand eingezogen, wenn der Preis nicht überhissen war.
- Wer heute wegen einem Steuer-Zwanzigstel noch Horw zieht, wird morgen schon wieder wegziehen, weil es irgendwo noch billiger ist.
- Die Verringerung der Qualität im Service Public vertreibt am Ende diejenigen Leute, die sich im Gemeinwesen engagieren.

Vor allem wird es nicht gelingen, diesen Steuersatz auch nur mittelfristig zu halten, denn

1. Die Einnahmen sind zu optimistisch budgetiert, vor allem die Kompensationen können gar nicht erreicht werden, weil gar nicht so viele Leute zuziehen können.
2. Gemäss Finanz- und Aufgabenplan, von uns allen zur Kenntnis genommen, droht ein weiteres Loch von bis zu 19 Mio. Franken.
3. Die Pflegefinanzierung wird uns 1.2 Mio. Franken kosten.
4. Wir sollten Reserven anlegen bzw. behalten, nicht nur weil der CKW-Vertrag uns etwas kostet, sondern auch im Grisigen können noch diverse Kosten anfallen.

Eine weitere Folge dieser Zickzack-Politik wäre, dass die Gemeinde bis im März ohne abgesegnetes Budget dasteht und somit nur die notwendigsten Aufgaben erfüllen kann. Aus all diesen Gründen halten wir es für unverantwortlich, in der jetzigen Situation eine Steuersenkung zu beantragen. Wir fragen uns auch, ob das eine Aufgabe der GPK ist, die Finanzgeschäfte zu prüfen hat, oder eher eine politische Sache. Wir lehnen eine Steuersenkung klar ab.

Es sind einige Dinge richtig gesagt worden, z.B. dass in der Steuerpolitik kein Zickzackkurs sein soll. Das ist auch die Meinung unserer Fraktion. Die Entwicklung des Steuerfusses in Horw ist kein Zickzackkurs, sondern die Entwicklung zeigt über eine längere Frist kontinuierlich nach unten und das ist auch unser Ziel. Wir haben auch schon gesagt, je weniger Geld man dem Staat gibt, desto besser muss er haushalten und es ist auch kein Geheimnis, dass bei der öffentlichen Hand das eigene Geld, das man selber im Sack hat, viel eher geschätzt wird, als das Geld, das der Steuerzahler in die Gemeinde- oder Staatskasse einzahlt. Die Aussagen zur wirtschaftliche Entwicklung sind kontrovers. Einige sagen, wir hätten die Rezession überwunden und andere sagen, wir werden die Auswirkungen erst im 2011 sehen. Wir wissen nicht, was eintreffen wird. Es wird auch immer wieder ins Feld geführt, was in der Zukunft alles auf uns zukommen könnte, warten wir es doch einmal ab. Tatsache ist, dass der Steuerfuss zwar nicht das wichtigste Element ist beim Entscheid, ob zahlungskräftige Leute zu uns ziehen möchten. Überdies hat mein Vorredner noch vergessen, dass wir natürlich nicht so viel Freiflächen in Horw haben, wir möchten diese ja auch nicht, denn wir wollen ja auch Grünflächen erhalten. Es gibt aber immer wieder Handänderungen, altershalber oder aus anderen Gründen. Wir streben ganz klar eine kontinuierliche Senkung des Steuerfusses an. Es gibt Gemeinden, die nicht besser gelagert sind als Horw, es gibt Gemeinden, die eigentlich noch schlechter aussehen und die tiefere Steuerfüsse haben. Man liest in der Neuen Luzerner Zeitung vom 28. Dezember 2009 Folgendes: "In 9 der 87 Gemeinden zahlt man im nächsten Jahr weniger Steuern." Ich weiss, das betrifft 2010 und was

Alwin Larcher (SVP)

nachher passiert, wissen wir nicht, die Tendenzen haben sich aber in vielen Gemeinden ganz klar gegen die ewigen Steuerhochhalter durchgesetzt. Wir haben Verantwortung und wir nehmen diese auch gegenüber den guten Steuerzahlenden wahr. Man kann doch nicht sagen, es diene bloss ein paar sehr Reichen. Das ist ein Kampf gegen Minderheiten, denn wir wissen, dass ein kleiner Prozentsatz der Einwohner von Horw 80 % von allen Steuern zahlt. Das ist eine Minderheit und Sie sind ja immer für den Schutz der Minderheiten, also tun wir dieser doch einmal etwas zu gut und bieten einen Steuersatz an, der sich sehen lassen kann und der der Lage und Situation von Horw entspricht.

Es ist so, dass die Pflegefinanzierung auf uns zukommt. Das mag sehr wohl gravierende Folgen auf unseren Finanzhaushalt haben und ich kann Ihnen versichern, dass auch wir der Gemeinde dann die Mittel geben, die sie benötigt und dann werden auch wir, gegen unsere innere Überzeugung, vielleicht sogar für eine Steuererhöhung sein. Aber nicht jetzt, Horw hat noch so manche Million Franken Kapital, die wir für Defizite und Ähnliches verwenden können. Nutzen wir dieses doch und sorgen auch in schlechteren Zeiten einmal dafür, dass ein Licht am Horizont aufleuchtet und senken den Steuerfuss entgegen aller düsteren Prognosen und optimistisch wie wir einmal sind, um 1/20 Einheit. Wenn wir das nicht mehr vertragen, haben wir in der Vergangenheit einiges falsch gemacht. Wir sind mit Überzeugung dafür, dass man den Steuerrabatt jetzt nicht klammheimlich streicht, sondern in eine reguläre Steuersenkung überführt und sind für einen Steuerfuss von 1.55 Einheiten.

Ich schätze Ihr Mitgefühl gegenüber dem Gemeinderat und dass Sie bereit wären, den Steuersatz wieder zu erhöhen, wenn es einmal schlechter geht. Dann hätten wir aber einen Zickzackkurs und Sie haben die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Das Parlament kann noch lange für die Erhöhung des Steuersatzes sein, aber was machen Sie, wenn das Volk nicht dafür ist? Wenn Sie die Geduld haben, dass man beim jetzigen Steuersatz mit einer gewissen Konstanz bleibt, dann kennen wir die Auswirkungen, allfälliges Potenzial aus der Motion Nr. 261, die konkreten Kosten, die uns der Kanton aufbrummt und dann unterstütze ich Ihr Anliegen. Wir möchten keine Veränderung des Steuersatzes, sondern dass dieser bei 1.6 Einheiten bleibt.

Roger Jenni (FDP)

Unser Auftrag ist, nicht nur kurzfristig, sondern mittelfristig, einen ausgeglichenen Haushalt zu haben und wenn ich die Zahlen, die uns der Gemeinderat gezeigt hat, kumuliert mit einer Steuersenkung anschau, kommen wir unserem Auftrag nicht mehr nach. Ich rechne es der GPK hoch an, dass sie alle Argumente aufgelistet hat, die dafür und dagegen sprechen, mich erstaunt aber die Gewichtung der Argumente, die sie vorgenommen hat. Diese ist für mich viel zu kurzfristig im Hinblick auf die Steuersenkung und nicht im Hinblick auf einen längerfristig ausgeglichenen öffentlichen Haushalt, denn dann müsste man sagen, dass eine Steuersenkung im Moment nicht verantwortbar ist. Ich bitte Sie, den Antrag nicht zu unterstützen.

Heiri Niederberger (CVP)

Dieser Antrag ist ein Schildbürgerstreich "par excellence". Wie glaubwürdig ist der Einwohnerrat mit einem solchen Vorgehen? Von einer Fachkommission wie der GPK erwarte ich auch Sachverstand.

Urs Rölly (FDP)

Die anderen Gemeinden, die Steuern senken, Herr Larcher, haben vielleicht einen Steuerfuss von 2.4 Einheiten. Die können und müssen sich das vielleicht erlauben, aber Horw ist im Kanton an 5. Stelle mit dem Steuerfuss und steht sehr gut da. Zudem macht nicht der Steuerfuss allein die Attraktivität aus. Bevor man eine Steuersenkung verlangt, sollte man ein ausgeglichenes Budget verlangen.

Ich möchte Ihnen zwei Argumente darlegen, die gegen eine Steuerreduktion zum heutigen Zeitpunkt sprechen:

1. Es wird immer gesagt, Horw muss standortattraktiv sein, damit die hohen Steuerzahler zuziehen. Ist nicht die Standortattraktivität die landschaftliche Lage? Ist es wirklich sinnvoll, die Halbinsel an den Meistbietenden zu verscherbeln? Es sollen diejenigen kommen, die das schätzen und diese bezahlen das auch, wir müssen das nicht zusätzlich stark anheizen.
2. Herr Durrer hat projiziert, dass man 200 Franken bei einem Einkommen von 100'000 Franken spart, bei einem höheren Einkommen ist es entsprechend mehr. Wenn wir uns überlegen, wo eingespart werden müsste, damit das Budget ausgeglichen ist, dann werden wir Diskussionen führen über den Ausbaustandard des Oberstufenschulhauses, über den öffentlichen Verkehr, über die Musikschule, über Zeitmess- und Beleuchtungsanlagen usw. Von den Dingen, die ich jetzt aufgezählt habe, profitieren zu einer grossen Mehrheit die Leute, die ein Einkommen von 100'000 Franken versteuern, nämlich die Mehrheit der Gemeinde Horw. Letztendlich, wenn wir die Steuern senken, werden wir mit Sicherheit dem Mittelstand mehr Geld wegnehmen, als wir wieder zuführen können. Auch ich empfehle dem Rat, den Antrag abzulehnen.

Markus Bider (CVP)

Ich verwende eine andere Begrifflichkeit als Herr Jenni und Herr Durrer, ich spreche vom Steuerfuss. Horw hat keinen Steuersatz, das ist eine kantonale Aufgabe, den Steuersatz festzulegen. Herr Durrer, es ist sehr wohl eine Kernaufgabe der Geschäftsprüfungskommission, über den Steuerfuss zu diskutieren. Natürlich hat das auch ein politisches Gewicht, aber es ist eine Kernaufgabe, zu beurteilen, wie viel Geld der Bürger zahlen muss, damit die Gemeinde ihre Aufgabe erfüllen kann. Ich sende den Herren Jenni und Durrer gerne einmal ein paar alte Finanzpläne zu, dann sehen Sie vielleicht auch, wie Wirklichkeit und Prognose auseinander laufen. Sie laufen immer auseinander, aber interessanterweise bei der Gemeinde immer in eine Richtung.

Thomas Zemp (CVP)

Herr Jenni, zu Ihrem Votum betreffend der Glaubwürdigkeit. Die Geschäftsprüfungskommission hat an der letzten Einwohnerratssitzung ein klares Votum abgegeben, dass 2.5 Mio. Franken Aufwandüberschuss bei einer gleichzeitigen Steuererhöhung nicht akzeptabel sind. Das war ein klares Votum und so gesehen ist zumindest unsere Kommission auch nicht unglaublich, wenn sie fordert, dass man den Aufwandüberschuss auf 1.5 Mio. Franken reduziert. Dann kann man nachher durchaus noch eine Steuer-senkung fordern.

Wir haben letztes Jahr den Steuerrabatt unterstützt, da wir den konjunkturrell kritischen Herbst hinter uns hatten und man nicht gewusst hat, was läuft. Wir hatten das Gefühl, man muss probieren, mit dem Steuerrabatt einen gewissen Optimismus zu verbreiten. Wenn natürlich heute der Steuerrabatt vom Tisch gewischt und schon als Fakt angeschaut wird, muss ich mich klar dagegen aussprechen.

Jörg Stalder (L2O)

Wir haben einen aktuellen Finanzplan, der recht düster aussieht. Wir wissen aber auch, dass ein Finanzplan eine rollende Planung ist, wo immer wieder neue Positionen dazukommen. Die Kosten, die auf uns zukommen können, betragen schlussendlich 4 Mio. Franken, das sind 4/20 bzw. 2/10 Einheiten. Ich möchte schauen, wenn wir 2011 mit einer Steuerfusserhöhung von 2/10 Einheiten vor das Volk müssten, dann würde man nicht nur den Gemeinderat nicht mehr verstehen, sondern auch andere Befürworter einer Steuerfuss-senkung nicht.

Gianmarco Helfenstein (CVP)

Bis auf zwei, haben alle Gemeinden, die den Steuerfuss gesenkt haben, auch nach einer Reduktion noch einen Steuerfuss von über 2.0 Einheiten, lediglich Rothenburg kommt auf 1.75 und Triengen auf 1.80 Einheiten. Interessanterweise sind das auch zwei Gemeinden, die Überschüsse ausgewiesen haben. Als über den Steuerrabatt diskutiert

wurde haben wir gesagt, dass wir zu viel Steuergelder eingenommen haben und deshalb etwas zurückgeben. Nicht, weil wir einen Überschuss hatten, sondern weil wir Eigenkapital hatten.

Für 2009 sind wir mit den 42 Mio. Franken Steuerertrag sehr nah an unser Budget gekommen und wir geben uns auch künftig Mühe, die budgetierten Erträge zu erreichen. Es ist aber illusorisch zu glauben, dass uns Neuzuzüger 3 bis 4 Mio. Franken mehr Steuern bringen würden.

Noch eine Anmerkung zu den Zu- und Abgängen: Wir hatten in den letzten fünf Jahren durchschnittlich einen Zugang von 1.5 bis 2.2 Mio. Franken und Abgänge zwischen 1.0 und 1.8 Mio. Franken, d.h. die Nettodifferenz ist relativ zurückhaltend.

Abstimmung:

Antrag der GPK, den Steuerfuss auf 1.55 Einheiten festzusetzen. Das hat zur Konsequenz, dass der Steuerertrag 33.2 Mio. statt 34.2 Mio. Franken betragen würde.

Der Antrag wird mit 10:19 Stimmen abgelehnt.

462007 Bauprojekt Krienserstrasse, S. 100

Wieso will man da investieren und nicht das Land mit einer Auflage verkaufen, dass die Bauarbeiten die allfälligen Eigentümer machen müssen? Oder handelt es sich um Werkleitungen?

Wir haben dort noch Planungen, die wir zahlen müssen.

Die Detailberatung ist abgeschlossen. Frau Heer, können Sie die Frage zu den Spielplatzgeräten noch beantworten?

Nein, ich kann das noch nicht beantworten, ich muss das zuerst abklären.

Die Tatsache, dass wir Abweichungen im Budget haben, die nicht sein sollten, verunsichert mich. Unter der Position 5304 haben wir Gesamtaufwände von 35'600 Franken und vorher waren es 12'100 Franken. Ich frage mich, ob diese Abweichung Zufall ist oder ob wir noch andere Abweichungen haben. Letztendlich beschliessen wir das Budget und darum wäre ich froh, wenn man noch eine Erklärung findet. Sonst sind wir wieder in dem Modus, wo man Blatt für Blatt vergleichen muss, wenn die Zusammenstellungen nicht stimmen.

2. Fragestunde

anschliessend Fortsetzung Detailberatung B+A Nr. 1413

5304 Öffentliche Freizeitanlagen, S. 54

Beantwortung der Frage zur Budgetverschiebung:

Es ist etwas, das nicht dargestellt wurde und keinen Einfluss auf das Gesamtergebnis hat. Die Software Abacus erlaubt sog. Klassierungen, bei der gewisse Konten nicht berücksichtigt werden. Im alten Budget waren 23'500 Franken für die Spielplatzgestaltung erfasst, aber in dem entsprechenden Konto nicht dargestellt. Im neuen Budget hingegen ist es dargestellt. Im Total hat es also keinen Einfluss, der Aufwand war vorher entspre-

Irène Zingg-Vetter
(FDP)

Urs Rölli (FDP)

Manuela Bernasconi
(CVP)

Irène Zingg-Vetter
(FDP)

Susanne Heer (FDP)

Thomas Zemp (CVP)

Gianmarco Helfenstein
(CVP)

chend höher und wurde jetzt, auf Antrag des Gemeinderates, um 8'000 Franken gekürzt.

Abstimmung:

Antrag der L2O, 8'000 Franken für Spielgeräte wieder in das Budget aufzunehmen.

Irène Zingg-Vetter
(FDP)

Der Antrag wird mit 7:22 Stimmen abgelehnt.

Abstimmung Beschluss:

1. Der Jahresplan wird einstimmig zur Kenntnis genommen.
2. Dem Voranschlag 2010 der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung mit einem Aufwand von Fr. 78'653'100.00 und einem Ertrag von Fr. 77'275'700.00 resp. mit Ausgaben von Fr. 7'277'000.00 und Einnahmen von Fr. 1'350'000.00 wird mit 20:0 Stimmen zugestimmt.
3. Der Steuerfuss wird mit 19:10 Stimmen auf 1.6 Einheiten (wie bisher) festgesetzt.
4. Mit 22:0 Stimmen wird der Gemeinderat ermächtigt, das erforderliche Fremdkapital zu beschaffen.

Gesamtabstimmung:

Dem B+A wird mit 20:0 Stimmen zugestimmt.

3. B+A Nr. 1415 Nachlass Reinert-Schätti

Eintreten GPK

Alwin Larcher (SVP)

Im B+A sind die Bestimmungen, welche im Testament der Erblasserin enthalten sind, aufgeführt. Danach sind die Liegenschaften zu veräussern und das Vermögen zur ausschliesslichen Bezahlung des jährlichen Kulturbatzens zu verwenden, bis es aufgebraucht ist.

Mit dem Verkauf der Immobilien hat die Gemeinde den Willensvollstrecker beauftragt. Dieser hat vorerst eine Verkehrswertschätzung in Auftrag gegeben, welche eine Summe von 920'000 Franken ergab. Aus den Verkaufsbemühungen verblieben 2 Interessenten, welche bereit sind, Wohnung und Autoeinstellplatz zum Preis von 900'000 Franken zu erwerben. Weshalb die Immobilie nicht öffentlich ausgeschrieben wurde, vermochte der zuständige Gemeinderat nicht schlüssig zu erklären. Da die Verkaufsverhandlungen offenbar schon weit gediehen sind, sieht die GPK von weiteren Abklärungen ab.

Zur Frage der Zuständigkeit bezüglich des Verkaufs wurde auch der Regierungsstatthalter beigezogen. Man kam zum Schluss, dass der Einwohnerrat zuständig ist. Das Vermögen wird in der Bilanz als Fonds geführt und der Gemeinderat hat die Kunst- und Kulturkommission damit beauftragt, ein Fondsreglement zu entwerfen.

Die GPK ist erfreut über das grossherzige Vermächtnis und sieht darin auch eine Anerkennung der kulturellen Aktivitäten in unserer Gemeinde. Sie empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig, dem Antrag des Gemeinderates hinsichtlich des Verkaufs der Liegenschaften zuzustimmen.

Eintreten CVP

Die verstorbene Frau Iris Reinert-Schätti hat die Gemeinde Horw als Erbin für ihre beiden Grundstücke eingesetzt. Es handelt sich dabei um eine 5 1/2-Zimmer-Stockwerkeigentumswohnung und einen Autoeinstellplatz in der Tiefgarage. Die CVP-Fraktion ist mit dem Vorschlag des Gemeinderates einverstanden, dass die beiden Grundstücke zu einem Mindestpreis von 900'000 Franken veräussert werden. Nach dem Verkauf stellt sich noch die Frage, wie der Erlös für den Kulturbatzen verwendet wird. Es muss ein Reglement erarbeitet werden und man muss ein Depot oder einen Fonds für das Geld eröffnen. Die CVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten auf den B+A.

Roger Eichmann
(CVP)

Eintreten SVP

Die SVP-Fraktion bedankt sich bei der verstorbenen Frau Reinert für das Vermächtnis zu Gunsten unseres Kulturbatzens. Wir sind nicht ganz glücklich damit, dass das Ganze zehn Monate und zwei Tage gedauert hat, bis uns der B+A vorgelegt wird. Die SVP-Fraktion ist für Eintreten und Zustimmung zu dem B+A Nr. 1415.

Robert Odermatt
(SVP)

Eintreten FDP

Die FDP-Fraktion ist erfreut, dass Frau Iris Reinert-Schätti in ihrem Nachlass an die Gemeinde gedacht hat und ihr Erbe für die Gemeinde eingesetzt hat. Die FDP-Fraktion ist für Eintreten und dafür, dass der Willensvollstrecker beauftragt wird, die Grundstücke zu einem Mindestpreis von 900'000 Franken zu veräussern. Sie stimmt auch zu, dass das Vermögen ausschliesslich zur Bezahlung des jährlichen Kulturbatzens dienen soll, bis das Vermögen aufgebraucht ist. Die FDP-Fraktion ist auch dafür, dass der Gemeinderat bevollmächtigt wird, die notwendigen Schritte zur Umsetzung zu veranlassen.

Ulrich Nussbaum
(FDP)

Eintreten L2O

Seit 1978 gibt es in Horw eine Kunst - und Kulturkommission. Seit über 30 Jahren berät die Kommission den Gemeinderat in kulturellen Fragen und stellt jedes Jahr ein vielseitiges, interessantes Veranstaltungsprogramm zusammen und bewegt so das kulturelle Leben in Horw. Seit 1982 wird alljährlich ein viel beachteter Kulturbatzen vergeben. Das kann ein Anerkennungspreis oder ein Förderpreis sein.

Rita Wyss (L2O)

Der Kulturbatzen hatte auch Frau Iris Reinert-Schätti bewegt, sie ist am 19. März 2009 gestorben. Die L2O ist einverstanden, dass der Willensvollstrecker die Grundstücke zu einem Mindestpreis von 900 000 Franken verkauft. Dank dem sich die Gemeinde Horw seit vielen Jahren immer auch für Kultur eingesetzt hat und in diesen Bereich Geld investierte, kann sie nun unerwartet über einen sehr grossen Geldbetrag verfügen. Dank diesem "Geldsegen" können wir uns bestimmt auf viele spannende Kulturprojekte in unserer Gemeinde freuen. Die L2O ist für Eintreten und Genehmigung des B+A.

Zum zeitlichen Ablauf ist zu sagen, dass der Willensvollstrecker anfänglich der Überzeugung war, dass er das eigenhändig verkaufen kann. Nach Abklärungen beim Regierungsstatthalter ist aber eine andere Meinung entstanden und zwar, dass Sie als Einwohnerrat aufgrund unserer Gemeindeordnung die Kompetenz haben, über die Summe zu entscheiden.

Gianmarco Helfenstein
(CVP)

Zwei Fragen sind aufgrund der Beratung in der Kommission entstanden. Im zweiten Abschnitt des B+A sind diverse Zahlen, das ist der Nachlassbestand, den der Willensvollstrecker zusammengestellt hat. Kleine Abweichungen aufgrund von Gebühren können noch entstehen. Total Aktive sind 1'324'672 Franken, darin ist auch der Katasterwert der beiden Liegenschaften, und Passiven (inkl. Legate) von total 724'500 Franken, das ergibt ein Nachlassvermögen von 600'172 Franken. Durch die Differenz der Katsaterschätzung und der Kaufofferte von 900'000 Franken ergeben sich rund 1.08 Mio. Franken, die die Gemeinde bekommt. Selbstverständlich wird ein Fondsreglement über

die Verwendung, Ausschüttung usw. erstellt.

Eine andere Frage war, ob noch Grundstückgewinn- oder Handänderungssteuern zu erwarten sind. Die Einwohnergemeinde ist, sofern das Grundstück in der eigenen Gemeinde ist, nicht grundstückgewinn- und nicht handänderungssteuerpflichtig. Der mögliche Käufer wird 1.5 % Handänderungssteuer zahlen.

Detailberatung

Abstimmung:

- 1. Im Nachlass der am 19. März 2009 verstorbenen Iris Reinert-Schätti wird der Willensvollstrecker einstimmig beauftragt, die Grundstücke Nrn. 6080 und 50349, GB Horw, zu einem Mindestpreis von total 900'000.00 Franken zu veräussern.**
- 2. Der Gemeinderat wird einstimmig bevollmächtigt, die notwendigen Schritte für die Umsetzung zu veranlassen.**

Irène Zingg-Vetter
(FDP)

Gesamtabstimmung:

Dem B+A Nr. 1415 wird einstimmig zugestimmt.

4. Dringliches Postulat Nr. 617/2009 von Hans-Ruedi Jung, CVP: Primarschule Biregg - Schulräume Hubelmatt

Als Vorbemerkung zu dem Postulat möchte ich anbringen, dass der Sinn des Vorstosses war, dass ich damals, als ich das geschrieben habe, die beste Lösung für die Schülerinnen und Schüler im Quartier sowie für das Quartier selber wollte. Es ist allerdings einiges parallel gelaufen, was ich zum Teil nicht gewusst habe, und darum gab es am Schluss auch eine merkwürdige Terminkollision.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Der Einwohnerrat hat vor zwei Jahren beschlossen, dass der Gemeinderat die Kompetenz hat, die Schule zu schliessen und diesen Beschluss wollte ich mit meinem Vorstoss in keiner Art und Weise anzweifeln. Es geht nicht darum, dass die Schule weitergeführt wird und für mich ist auch klar, dass bei dem Resultat der Abklärungen der Entscheid so ausfallen musste. Als ich den Vorstoss geschrieben habe ging es darum, dass das Quartier, die Schülerinnen und Schüler, aber auch wir als Einwohnerrat, eine transparente Information erhalten, wie die beiden Varianten miteinander verglichen wurden, was dort eingerechnet wurde und wo es allenfalls Differenzen gibt. Zudem habe ich von der Offerte der Stadt Luzern gehört und habe auch gehört, dass diese verhandelbar sei. Man konnte es in der Zeitung lesen, der Stadtpräsident hat klar gesagt, dass die Summe selber nicht verhandelbar sei, alles andere wäre wahrscheinlich verhandelbar gewesen. Das hat mich bewogen, den Vorstoss einzureichen mit der Bitte an den Gemeinderat, er solle mit der Stadt in Kontakt treten und Verhandlungen führen, denn ich habe zu dem Zeitpunkt nicht gewusst, wie weit man da ist. Der Hintergrund ist der, dass ich im Rahmen der Abstimmung über die Starke Stadtregion mit Albert Schwarzenbach, Grossstadtrat, Kontakt hatte und ihn in dem Zusammenhang "angezündet" habe, dass sie gar keine Starke Stadtregion machen müssten, wenn sie nicht einmal bereit seien, über die Gemeindegrenze hinaus über Schulkreise zu verhandeln. Herr Schwarzenbach hat daraufhin mit den zuständigen Personen der Stadt Luzern das Gespräch gesucht und das ist parallel zu dem gelaufen, was der Gemeinderat bereits aufgegleist hatte. Der Vorstoss hat zum Inhalt, dass ich vom Gemeinderat gerne informiert werden möchte über die Verhandlungen, über was verhandelt wurde, ob die Verhandlungen erfolgreich waren und wie das Resultat am Schluss aussieht, wenn man die zwei Lösungen

einander gegenüberstellt.

Aus dem, was bereits gesagt wurde ist klar geworden, dass tatsächlich einige Sachen parallel gelaufen sind. Ich erinnere daran, dass wir nach der Abstimmung im Rat im Januar 2008 eine Arbeitsgruppe eingesetzt hatten. Es ging um flankierende Massnahmen bzw. darum, dass es sehr viel braucht, um das Ziel, mittel- bis langfristig wieder mindestens 60 Schüler/-innen im Schulhaus Biregg zu unterrichten, zu erreichen. Die Arbeitsgruppe setzte sich zusammen aus Liegenschaftsbesitzern, zwei Vorstandsmitgliedern des Quartiervereins, zwei Vertretern aus der Bevölkerung des Quartiers Biregg, dem Vertreter der Fachstelle Familie plus, der Schulleiterin und mir als Schulvertreter. Wir mussten leider feststellen, dass wir keine Chance haben, weil es die Struktur der Wohnungen im Biregg nicht erlaubt, Familien mit zwei oder drei Kindern unterzubringen. Der Kontakt mit den Liegenschaftsbesitzern hat gezeigt, dass diese kein Interesse haben, da sie, wenn eine Wohnung frei wird, sofort wieder zehn Interessenten haben, wobei die Tendenz Richtung kinderlose Paare geht. Wir können darauf keinen Einfluss nehmen und wir haben auch ganz klar gespürt, dass die Liegenschaftsbesitzer das eigentlich nicht verändern möchten. Parallel dazu hatten wir auch sinkende Schülerzahlen, das letzte Mal, als wir das im Einwohnerrat behandelt haben, hatten wir 45 Kinder, diese Zahl ist auf 32 gesunken und mit der inzwischen vorliegenden Prognose müssen wir sagen, dass es schlicht und einfach hoffnungslos ist. Das war im Frühjahr 2009, anschliessend mussten wir den Entscheid durch alle Gremien treffen. Die Arbeitsgruppe hat eine Empfehlung an die Schulpflege gemacht, die Schulpflege hat von ihrer Seite einen Vorentscheid getroffen und der Gemeinderat hat noch den abschliessenden Entscheid gefällt, dass man mit dem Unterricht im Schulhaus Biregg per 2010/11 aufhört. Dieses wurde vor den Sommerferien kommuniziert und wir haben damals auch klar gesagt, dass wir an die ganz seriöse Arbeit gehen werden, ob die Variante Luzern oder Horw die richtige ist. Wir haben gewusst, dass ein seriöser Variantenvergleich einige Zeit benötigen wird und wir hatten kommuniziert, dass der Entscheid bis Ende des Jahres 2009 komme. Deshalb haben wir auch alles in die Wege geleitet, damit wir die Offerte der Stadt Luzern termingerecht erhalten. Wir haben den Variantenvergleich mit insgesamt zehn Varianten gemacht. Diese wurden gewichtet, man hat nachher pro Variante eine Benotung vorgenommen und daraus einen sog. Nutzwert abgeleitet. Da die Offerte der Stadt Luzern noch nicht vorlag und wir in der Zwischenzeit gehört hatten, dass diese auch nicht so schnell kommen würde, haben wir unseren Variantenvergleich aufgrund der Offerte aus dem Jahr 2007 vorgenommen. Dieser hat eine Kostendifferenz von rund 150'000 Franken ergeben, um die Luzern teurer ist als Horw. Dort hatte die Variante Luzern also bereits schlechter abgeschnitten als die Variante Horw. Dann kam die Offerte der Stadt Luzern und diese hatte gegenüber der Offerte von 2007 um einiges geändert. Nachstehend die Aufstellung der Kosten pro Schüler:

Markus Hool (FDP)

	1	2	3		
Stufe	Vereinbarung 2010		Offerte 2009	Abw. 3 zu 1	Abw. 3 zu 2
		Offerte 2007		in %	in %
KIGA	5'900	8'700	10'800	83	24
Primar	10'100	14'200	15'400	52	8
Sek	14'700	14'700	20'500	39	39
Ø	10'233	12'533	15'567	52	24

Das sind die Fakten und das ergibt im Resultat auch die Kostendifferenz von 300'000 Franken pro Jahr, die die Variante Luzern, im Vergleich zu der Variante Horw, teurer wäre. Dazu kommt, dass man die Variante Luzern nicht sofort realisieren könnte. Beim Schulhaus Hubelmatt würde ein Neubau benötigt und das würde heissen, dass es frühestens ein Jahr später realisiert werden könnte. Ein Neubau ist auch ein wenig self-

sam, wenn man auf der anderen Seite ein Schulhaus mit Überkapazitäten hat. Wir haben selbstverständlich schon sehr früh, im Jahr 2007, mit der Stadt Luzern gesprochen, ob nicht allenfalls die Möglichkeit bestehen würde, dass sie einen gewissen Teil nach Horw verlagern. Darauf gab es ein klares Nein und jetzt hätten wir die seltsame Situation gehabt, dass wir ein Schulhaus aufgeben und 500 m weiter müsste man einen Neubau erstellen. Die Offerte der Stadt Luzern hatte auch noch einige Problempunkte, z.B. dass man nur 45 Kinder auf der Stufe Kindergarten plus Primarschule übernehmen könnte. Im Moment wäre der Bedarf abgedeckt, wenn es aber wieder einen Effekt geben würde, den wir ja grundsätzlich möchten, müsste ein Teil der Kinder wieder in Horw zur Schule. In dem Sinn kann man sagen, dass die Lösung Horw qualitativ gut und kostenmässig viel besser ist und wenn man das in der Relation anschaut, ergeben 300'000 Franken bezogen auf 40 Schüler (inkl. Sekundarschüler) rund 7'500 Franken, die man mehr aufwenden müsste und da mussten wir sagen, dass wir das Geld nutzbringender einsetzen können. Wohlwissend, dass es für die Kinder, was den Lebensraum betrifft, nicht die optimale Lösung ist. Wir haben auch klar gesagt, und das ist auch die Meinung der Schulpflege, dass man grundsätzlich, wenn sich die Rahmenbedingungen wieder einmal ändern sollten, den Entscheid auch wieder umkehren kann. Mit dieser Lösung haben wir keine bestimmte Vertragsdauer definiert, wie es bei der Variante Luzern der Fall wäre. Von der schulischen Seite her sind wir im Moment bei der Umsetzung mit der Zuteilung der Schüler/-innen sowie dem Fixieren der Lehrerpensen. Wir sind uns der Aufgabe bewusst und nehmen das sehr sensibel und mit Sorgfalt vor. Auch was den Schulbus sowie die Vermietung des Schulhauses betrifft, sind wir im Moment bei der Festlegung.

Zu den Fragen:

1. In Bezug auf die Verhandlungen können wir sagen, dass wir selbstverständlich in Kontakt waren. Es war leider so, dass wir bis zum Gehtnichtmehr auf die Offerte warten mussten und das hat uns extrem Schwierigkeiten bereitet. Wir hatten sie spätestens auf den 30. September anberaumt, leider ist sie erst am 30. November eingetroffen. Am 9. Dezember, nachdem wir mit der Arbeitsgruppe die Arbeit beendet und auch die Schulpflege darüber befunden hatte, sind Hanspeter Elmiger, Präsident Schulpflege, Andreas Müller, Rektor, und ich zur Stadt gegangen und haben noch einmal ausgelotet, ob es da Möglichkeiten preislicher Art gibt und wo man, von Seite der Stadt, allenfalls noch flexibel ist. Wir haben auch dort die klare Botschaft bekommen, dass es bezüglich Preis nichts zu verhandeln gibt und man bezüglich der übrigen Rahmenbedingungen, insbesondere der Vertragsdauer usw. diskutieren könne.
2. Grundsätzlich wäre eine Übergangslösung für das Schuljahr 2010/11 möglich gewesen. Das würde aber eine Lösung Luzern präjudizieren.
3. Die Variante Hubelmatt wurde geprüft. Das Ausstiegsszenario für den Vertrag wäre Verhandlungsmasse gewesen. Die flexible Handhabung der Obergrenze der Schülerinnen und Schüler aus Horw habe ich erwähnt, in der Offerte hiess es 45 Schüler/-innen und auf das wäre auch der Neubau ausgelegt worden. In dem Sinn muss ich davon ausgehen, dass das eine fixe Grenze gewesen wäre. Die Option auf Verlängerung des Vertrags nach 15 Jahren wäre Verhandlungsmasse gewesen. Für uns war immer klar, dass es so sein müsste, dass die künftigen Sekundarschüler aus dem Bireggquartier in Luzern unterrichtet werden können. Wenn der Kindergärtler und nachher der Primarschüler luzernorientiert ist wäre es ausserordentlich eigenartig, wenn man ihn für die Sekundarschule nach Horw holen würde. Im Klartext heisst das, dass das Quartier Biregg mit einer Lösung Luzern noch mehr Richtung Luzern ausgerichtet wäre.
4. Ob die Schülerinnen und Schüler ein weiteres Jahr im Bireggschulhaus verbleiben könnten, um einen Übergang ins Hubelmattschulhaus und eine neue Nutzung durch den Kanton ab Schuljahr 2011/2012 zu gewährleisten, wurde geprüft.
5. Bezüglich der letzten Frage verweise ich auf den Bericht, in dem Sie sehen, dass wir

uns sehr intensiv mit der Fragestellung bzw. einem Variantenvergleich beschäftigt haben.

Für mich haben sich mit den Ausführungen und dem Studium des Berichts einige Fragen ergeben, die ich gerne gliedern möchte. Der erste Bereich ist die Schulorganisation/Pädagogik, der zweite Bereich ist Quartieridentität/Gemeindestruktur, der dritte Bereich sind die Verwaltungsabläufe/Prozess und Information und der vierte Bereich betrifft die Kosten.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Wir haben gehört, dass die Stadt Luzern maximal 45 Schüler/-innen übernimmt, bedingt durch den Neubau, der das offenbar begrenzt. Ich muss die Aussage des Gemeindepräsidenten relativieren. Der Schulraum wird nicht extra für Horw gebaut, sondern die Stadt plant sowieso in dem Gebäude ein schulergänzendes Betreuungsangebot. Man hätte auf das Gebäude einfach noch drei Klassenzimmer gebaut. Der Grund, warum gebaut werden muss ist, dass Hubelmatt West nicht verfügbar ist, die Stadt war 2007 aber noch davon ausgegangen. Der Kanton hat dort ein Brückenangebot und möchte auch in absehbarer Zeit nicht raus. Grundsätzlich ist der Unterschied zwischen der Stadtofferte und dem, was die Horwer gerechnet haben der, dass die Horwer mit Grenzkosten rechnen können, die Stadt rechnet mit Vollkosten. Das ist ihr neues Rechnungsmodell, das sie dieses Jahr eingeführt haben und u.a. auch ein Grund, warum die Offerte so spät eingetroffen ist. So gesehen ist auch klar, dass die Offerte der Stadt Luzern keine Chancen hat. Für mich stellt sich die Frage, was Horw machen würde, wenn 45 Schüler/-innen kommen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass man die 45 Schüler/-innen, ohne Klassen aufzumachen, verteilen könnte, im Idealfall auf ein Schulhaus. Die Frage ist, ob dann neue Klassen eröffnet werden müssen, wie die Kosten aussehen würden und was das bezüglich Räumen für Folgen hätte. Für mich ist auch nicht ganz einleuchtend, warum man Sekundarschüler unbedingt in die Stadtschule schicken will. Bisher hat man auch Kindergärtler und Primarschüler gehabt und die Sekundarschüler sind seit eh und je in Horw zur Schule gegangen. Warum das plötzlich nicht mehr gehen soll, ist für mich nicht einleuchtend, zumal die Variante ja offenbar auch teurer ist. Für mich ist aus pädagogischen Gründen auch fraglich, dass man den Kindern eigentlich den Schulweg nimmt und das hinterher so darstellt, als wenn die Busfahrt kein Problem darstellen würde. Wir haben die Erfahrungen von der Linie 21, dass das auch nicht das Gelbe vom Ei ist. Ich denke, es ist schade, dass die Kinder nicht in ihrem eigenen Quartier in die Schule gehen und dort auch mit ihren Kameraden zusammen sein können. Umgekehrt haben sie Kameraden in der Schule und müssen nach Schulschluss sagen, dass sie jetzt auf den Bus und nach Hause müssen. Was man jetzt versucht, idealisiert darzustellen, als wenn das kein Problem wäre, ist von mir aus gesehen nicht ganz ohne.

Zur Quartieridentität/Gemeindestruktur: Durch die Aufhebung der Schule und den Transport der Schüler geht m.E. auch Quartieridentität verloren. Ein Quartier lebt im Wesentlichen dadurch, dass es einen Laden gibt, das ist im Bireggquartier nicht mehr der Fall, und ein Quartier lebt dadurch, dass eine Schule vorhanden ist, und die wird auch nicht mehr da sein. Man muss sich überlegen, wie sich so ein Quartier längerfristig entwickelt und ob es jemals wieder eine Chance haben wird, ein Familienquartier zu sein. Neuzuzüger werden sich überlegen, ob sie in ein Quartier ziehen wollen, wo die Kinder mit dem Bus ins Dorf gefahren werden. Jetzt können Sie sagen, dass wir das in St. Niklausen auch haben, wir haben dort aber auch eine ganz andere Wohnlage und Wohnstruktur als im Bireggquartier. Die Frage ist, ob man durch die Aufhebung der Schule nicht das Leben aus dem Quartier zieht. Noch problematischer ist es wenn man versucht, wie das in dem Abschlussbericht dargelegt wird, zu sagen, dass mit dem Bus fahrende Kindergärtler zum Zusammenhalt innerhalb der Gemeinde beitragen könnten. Bei der Bewertung wird dem wenig Rechnung getragen und bei der Punktzahl relativ wenig dafür abgezogen, dass die Schüler nach Horw transportiert werden müssen und mit der Ansicht habe ich ein wenig Mühe.

Zu den Verwaltungsabläufen/Prozess/Information: Da habe ich ein wenig Mühe mit der Information, wie das jetzt gelaufen ist. Für mich ist klar, dass das Bireggschulhaus nicht mehr zu halten ist, aber dass man im Sommer sagt, dass die Schule geschlossen wird und erst im Winter sagt, was die Lösung ist, das ist für mich keine gute Kommunikation. Man hätte wahrscheinlich viel von dem Aufruhr abfedern können, indem man im Sommer oder jetzt im Winter gesagt hätte, dass die Schule geschlossen wird und gleichzeitig die Alternative aufgezeigt hätte. Wenn Sie eine Negativbotschaft verbreiten, sagen Sie doch sofort, was nachher die Lösung ist. Jetzt hatten wir ein halbes Jahr lang einen unbestimmten Zustand, wahrscheinlich mit der latenten Hoffnung, es könnte noch eine Lösung im Quartier geben. Die gibt es jetzt nicht und so verstehe ich auch die zum Teil enttäuschten Reaktionen.

Bei den Kosten bin ich mir nicht ganz sicher, ob diese den Berechnungen standhalten. Wenn Sie allein die Richtofferte der vbl anschauen, dann ist die fast unrealistisch. Diese weist 56'000 Franken aus und wenn Sie das auf 39 Schulwochen mit 5 Schultagen à 5 Fahrten verteilen, würde der Bus pro einfache Fahrt vom Bireggquartier nach Horw 57 Franken kosten. Realistischerweise fährt kein Busunternehmen zu dem Preis. Es ist die Frage, ob uns nicht irgendwann die Kosten einholen und am Schluss der Bus wesentlich teurer ist und man sagen muss, dass es vielleicht besser gewesen wäre, wenn man die andere Lösung noch einmal genauer angeschaut hätte. Eine Lösung Hubelmatt wird es nicht mehr geben. Die Stadt wird bauen wenn wir sagen, wir machen es mit Ihnen, aber sie bauen nicht, und dann ist es nachher auch gelaufen, wenn wir sagen, wir machen es nicht mit Ihnen. Die Option ist nachher weg. Es wäre schade, wenn man in zwei oder drei Jahren feststellen müsste, dass am Schluss die Horwer Lösung aus irgendwelchen Gründen eine richtig teure Lösung ist. Nachher haben wir die Nachteile mit der Busfahrt für die Schüler/-innen und gleichzeitig auch noch das Quartier geschwächt. Das fände ich schade und das ist auch der Hintergrund gewesen, warum ich noch einmal beliebt machen wollte, dass man die Offerte der Stadt genau anschaut. Worum es mir letztlich auch gegangen ist, im Dorf hat es geheissen, die Stadt sei enttäuscht über die Ablehnung der Starken Stadtregion und habe jetzt ein Scheinofferte abgegeben, die sie gar nicht ernst gemeint habe. Dem wollte ich entgegenreten. Sie wissen, dass ich kein grosser Freund der Stadtpolitik bin, aber als ich mit Albert Schwarzenbach gesprochen habe, habe ich gemerkt, dass die Stadt ernsthaft bemüht ist und die Offerte auch ernst gemeint ist. Sie hätten sonst sagen können, dass sie gar keine Offerte unterbreiten werden.

Bei der Stadt haben wir bemerkt, dass eine gewisse Verhandlungs- und Zusammenarbeitsbereitschaft vorhanden ist, obwohl wir bei der Starken Stadtregion gesagt haben, dass wir da nicht mitmachen. Die Stadt hat erkannt, dass Horw eigentlich bereit ist, zusammenzuarbeiten. Vielleicht nicht in der Form, wie es die Stadt denkt und wie die Stadtregion geplant ist, aber es ist für mich ein wichtiger Punkt, dass man das auch auf der Stadtseite erkannt hat und bei uns in der Gemeinde auch. So gesehen kann man das auch als Basis für eine zukünftige Zusammenarbeit in anderen Bereichen nehmen. Ich meine aber, in Zukunft müsste man dann vielleicht zuerst auf Sachbearbeiterebene miteinander verhandeln und die Chefs am Schluss die entsprechenden Entscheide fällen.

Ich probiere die Fragen der Reihe nach abzuhandeln:

Die erste Frage war, wie es aussieht, wenn die Zahl der Kinder wieder einmal ansteigt. Man muss sich das in der Relation vorstellen, was 45 Kinder bedeuten würden. Wir haben den Vorkindergarten, den Kindergarten und die 1. bis 6. Primarstufe, das gibt insgesamt acht Stufen, d.h. eine Grössenordnung von sechs bis acht Schüler/-innen pro Stufe. Da haben wir immer die Möglichkeiten, diese in den normalen Schulbetrieb zu integrieren, wo man ja auch eine entsprechende Flexibilität hat zwischen 16 bis 24 Lernenden. Wenn das allenfalls irgendwann einmal einen Überbestand geben sollte heisst

Markus Hool (FDP)

das nicht sofort eine neue Klasse, denn wir haben ja nicht einfach plötzlich 20 Kinder zusätzlich. Das würde so geregelt, dass man irgendwo Zusatzpensen definieren würde. Es gibt nicht einfach einen Sprung und dann ist eine neue Klasse da.

Bereits heute geht die Orientierung des Quartiers Richtung Luzern. Es gibt noch die alten "Bireggler", die durchaus Richtung Horw orientiert sind, aber es gibt ganz viele, die eine Wohnung suchen und wenn sie die Adresse mit 6005 Luzern sehen meinen, dass sie in Luzern sind und es seltsam wahrnehmen, wenn sie sich in Horw anmelden müssen. Wenn die Lernenden vom Kindergarten bis zur 6. Klasse nach Luzern geschickt werden, dann ist es irgendwo nicht sinnvoll wenn man sagt, die Sekundarschüler müssen zurück nach Horw. Was macht das kostenmässig aus? Man hätte das ja auch spliten können, d.h. die Variante Sekundarschüler nach Luzern, dann kostet es 100'000 Franken mehr. Von den insgesamt 300'000 Franken Differenz betreffen 200'000 Franken den Kindergarten und die Primarschule und 100'000 Franken die Sekundarstufe. Also auch dort würden wir aufgrund des gesamten Variantenvergleichs nicht anders entscheiden.

Bezüglich Busfahrt muss ich sagen, dass allen bewusst ist, dass der Schulweg wichtig ist und es ist deshalb auch schlechter taxiert worden. Schulweg heisst aber auch, was ist zumutbar, was ist sicher usw. und auch das wurde selbstverständlich angeschaut. Da ist die Busvariante eine sehr sichere und sehr schnelle Variante, hat also auch ihre Vorteile gegenüber den anderen Varianten. Gemäss Aussage eines Schulsozialarbeiters hat die Fahrt mit dem Schulbus auch einen sozialen Wert im Vergleich dazu, wenn die Kinder von den Eltern gefahren werden. Es muss nicht wie bei der Linie 21 sein, bei der es sich ja um einen öffentlichen Bus handelt und wir an dem einen oder anderen Ort Probleme haben. Hier sprechen wir nur von einem Schulbus, der eine sichere und komfortable Lösung ist.

Den Punkt Quartierentwicklung haben wir ganz genau angeschaut. Sie haben richtig festgestellt, dass wir da eine relativ kleine Differenz in der Bewertung haben, aber das Quartier ist etwas ganz Spezielles. Dort sind die jungen Bürger zwischen 0 und 19 unterdotiert, das Quartier ist aber überhaupt nicht überaltert, der Grossteil der Bürger ist zwischen 20 und 40 Jahren alt. Das sind Einzelpersonen, das sind Haushalte mit zwei Personen und solche, die zuziehen und fünf Jahre später wieder wegziehen usw. Deswegen haben die Liegenschaftsbesitzer auch keine Probleme bei der Vermietung. Wir haben auch überhaupt keinen Ansatz einer Verslumung oder irgendwelchen sozialen Problemen im Quartier. Es ist sauber strukturiert und intakt, aber leider eben ohne Kinder in der nötigen Anzahl. Das Quartier ist interessant für eine ganz bestimmte Gruppe, die auch das Umfeld mit dem Wald sowie die Nähe zu den Sportanlagen und zur Stadt Luzern schätzt. In der Arbeitsgruppe waren ja auch vier Vertreter des Quartiers und ich denke, dass das Resultat sehr repräsentativ ist.

Bezüglich Information wäre es eine Variante gewesen, alles auf einmal zu kommunizieren, wir haben es aber zeitlich nicht auf die Schiene gebracht. Ich bin aber der Meinung, dass es gar nicht so schlecht war. Wir konnten anfangs Juli auch eine Informationsveranstaltung im Quartier machen und dort wurde klar kommuniziert, dass es bis Ende 2009 einen klaren Entscheid gibt. Man kann lange darüber debattieren, ob das eine oder andere möglich gewesen wäre, wir haben aber Zeit für den Variantenvergleich gebraucht. Ich habe auch null Reaktionen erhalten, also keine E-Mail und keinen Brief. Letzte Woche habe ich die Schulpflege gefragt, auch dort hat man keine Rückmeldungen erhalten, es gab auch keinen Leserbrief in der Zeitung und daher denke ich, dass der Entscheid akzeptiert wurde.

Bezüglich Kosten für den Schulbus haben wir einen Offerte der vbl. Sie können natürlich sagen, dass Sie die anzweifeln, aber die vbl sind ein renommiertes Unternehmen und

wenn uns das so offeriert wird, muss ich das so glauben. Wir haben in den Zwischenzeit auch eine zweite Offerte und diese ist nicht deutlich anders. Ich schaue das also grundsätzlich als erhärtet an.

Die Grenzkosten haben wir selbstverständlich auch angeschaut, wir haben ja eine Betriebskostenrechnung wie Luzern auch und das ist eigentlich eine Vollkostenrechnung und ich kann sagen, dass kostenmässig das Resultat absolut eindeutig zu Gunsten der Variante Horw ausfällt.

Ich möchte bestätigen, dass von Seiten der Eltern keinerlei Reaktionen gekommen sind, dass die Kinder jetzt mit dem Schulbus nach Horw in die Schule müssen. Ich bin überzeugt, dass sich die Kinder in Horw gut integrieren werden, obwohl sie in ihrem Lebensraum eingeschränkt sind, denn sie können nach der Schule nicht spontan mit Kameraden abmachen.

Heidi Pieper-Berdux
(FDP)

Das Bireggquartier steht vor einem riesigen Wandel, ich denke dabei auch an den Bau der Sportarena. Es steht aber nicht vor einer negativen Entwicklung, denn wenn die Sportarena einmal gebaut ist und das Angebot an Breitensport steht kann ich mir durchaus vorstellen, dass auch wieder Leben in das Quartier kommt.

Herr Hool hat gesagt, wie gut die Bevölkerung informiert wurde und dass es keine negativen Reaktionen und Leserbriefe gab. In der NLZ war am 12. Dezember 2009 ein Leserbrief mit folgendem Inhalt: "In dieser ganzen Debatte um das Bireggschulhaus in Horw fühlt man sich als Eltern weder einbezogen noch gut informiert. Man erfährt die Informationen zur Übergangslösung für das Schulhaus 2010/11 aus der Zeitung und nicht von der Gemeinde. Es wäre wünschenswert, direkt und zeitlich nicht in letzter Minute informiert zu werden. Dann fühlt man sich als Eltern auch ernst genommen."

Robert Odermatt
(SVP)

Ich habe auch noch eine Verständigungsfrage: Nachdem die Offerte der Stadt Luzern vorlag, wer von der Gemeinde Horw, hat mit wem der Stadt Luzern über die Offerte verhandelt und das Ganze noch einmal auseinander genommen und geschaut, ob man nicht doch vielleicht auf einen Nenner kommt, so dass Horw zusagen könnte?

Zur zweiten Frage kann ich sagen, dass das eine Delegation, vertreten durch Hanspeter Elmiger, Präsident Schulpflege, Andreas Müller, Rektor, und mir als Schulverwalter bei Herrn Studer war. Herr Studer wurde unterstützt durch seinen Projektleiter Herrn Putschert und dem Rektor Herrn von Rohr.

Markus Hool (FDP)

Der von Ihnen erwähnte Leserbrief ist nicht eine Reaktion auf unsere Information, da ist das Postulat dazwischen gekommen. Wir hatten ein Kommunikationskonzept erstellt und festgelegt, wer, wann auf welche Art informiert wird. Der Entscheid wurde am Donnerstag, 10. Dezember 2009 gefällt, am Montag darauf hat man angefangen gemäss nachstehender Tabelle zu informieren.

Wer	Wie	Wann	Ausführung	Weiteres
Lehrpersonen Biregg	mündl.	Mo. Nachm. 14.12.2009	E. Heer und A. Müller	
Eltern, Kinder	schriftl.	Versand Brief 14.12.2009	D. Hunn und A. Müller	Adr. wie Juni 09
Quartierverein	schriftl.	Schreiben am 14.12.2009	D. Hunn K. Bischof	Mit Schr. an Eltern u. MM
Schulpflege	schriftl. (Portal)	Kopie Schr. Eltern u. MM 14.12.2009	D. Hunn	
Hauswart	mündl.	Mo. Nachm. 14.12.2009	D. Hunn	
Stadt Luzern	schriftl.	Absageschreiben, Versand 14.12.2009	D. Hunn	mit MM
Schule Horw	schriftl.	16.12.2009	A. Müller	(via Portal)
Einwohnerrat	schriftl.	Versand MM 16.12.2009	D. Hunn	Bericht ArG auf Portal
Bevölkerung via Medien	schriftl.	Versand Mail MM 16.12.2009	D. Hunn K. Bischof	MM D. Hunn K. Bischof

Der am 12. Dezember publizierte Leserbrief ist erschienen, bevor wir überhaupt informieren konnten. Aber auf unsere Informationskampagne hatten wir keine Reaktion. Zu der Schreiberin des Leserbriefes kann ich Ihnen noch sagen, dass das Kind nicht in Horw zur Schule geht, sondern in eine Privatschule.

Ich finde es schade, dass man den Entscheid, dass man die Buslösung wählt, schon kommuniziert, bevor der Vorstoss im Einwohnerrat behandelt wurde. Man hat gewusst, dass dieser dringlich eingereicht wurde und im Januar behandelt wird. Ein normales Vorgehen wäre, dass man zuerst die politische Ebene abhandelt und wenn das geklärt ist, informiert. Mit ein wenig Rücksichtnahme auf die politischen Prozesse hätte man das machen können.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Die Bemerkung von Frau Pieper, dass jetzt alles bestens sei, erstaunt mich schon ein wenig. Das ist eine Lösung, die vor zwei Jahren vorgeschlagen wurde und die Sie massiv politisiert haben. Sie waren sehr grossformatig in der Zeitung, haben sich für das Schulhaus Biregg eingesetzt und waren damals überhaupt nicht für eine Buslösung. Jetzt ist das interessanterweise alles überhaupt kein Problem für Sie.

Die Variante mit dem Schulbus ist sicher nicht die ideale Lösung. Wir haben aber einen Sparauftrag und es ist ganz klar, dass es bei der Offerte der Stadt Luzern keine andere Lösung geben kann, da erübrigt sich jede Diskussion.

Heidi Pieper-Berdux
(FDP)

Aufgrund der geschilderten Situation nehmen wir das Postulat entgegen und beantragen Ihnen gleichzeitig, dieses als erledigt abzuschreiben.

Markus Hool (FDP)

Aufgrund dessen, wie sich die Situation darstellt, bin ich damit einverstanden, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Gegen die Entgegennahme und gleichzeitige Abschreibung des Postulates wird nicht opponiert.

Irène Zingg-Vetter
(FDP)

5. Dringliches Postulat Nr. 618/2010 von Rita Wyss, L2O, und Mitunterzeichnenden: Nationaler Sammeltag der Glückskette für Haiti

Wir sind uns alle der schwierigen Situation, in der sich Haiti befindet, bewusst. Das Postulat entspricht formal nicht ganz den Vorgaben, aber ich denke, in Anbetracht der Thematik kann man das entschuldigen. Der erste Teil des Postulats hat sich zum grossen Teil schon erledigt. Die Liste, auf der alle unterschreiben können, die bereit sind, das heutige Sitzungsgeld zu Gunsten der Glückskette zu spenden, ist zirkuliert.

Rita Wyss (L2O)

Wir im Rat sind Volksvertreter und daher möchte ich, dass sich die Gemeinde grosszügig zeigt und schlage dem Gemeinderat deshalb im zweiten Teil des Postulats vor, dass 2 Franken pro Einwohner/-in von Horw gespendet werden.

Sie haben heute ein Budget genehmigt, in dem 10'000 Franken für sog. Hilfsaktionen enthalten sind und der Gemeinderat hat diese zu Gunsten der Glückskette gesprochen. Es entspricht nicht ganz dem Umfang, den die Postulantin beantragt hat. Der Gemeinderat nimmt das Postulat entgegen und beantragt gleichzeitig, dieses als erledigt abzusprechen.

Oskar Mathis (L2O)

Es wundert mich, dass das Postulat so sang- und klanglos durchgehen soll. Es ist sympathisch, dass der Gemeinderat das entgegennimmt, aber man muss sehen, dass man das so nicht kann. Man kann nicht mit einem Postulat an den Einwohnerrat gelangen und von ihm etwas verlangen, ein Postulat verlangt etwas vom Gemeinderat. Ich verstehe die Emotionalität und dass man jetzt unbedingt etwas machen möchte. Ich finde das auch richtig und bin auch bereit, auf das Sitzungsgeld zu verzichten.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Den zweiten Teil kann man mit der Bestimmtheit, indem der Gemeinderat beauftragt wird, nicht in einem Postulat verlangen. Sie können verlangen, dass der Gemeinderat einen namhaften Beitrag spenden soll oder dass er prüfen soll, etwas zu spenden. Sie können aber weder einen Frankenbetrag festlegen noch den Gemeinderat beauftragen. Sinngemäss ist der Gemeinderat dem Postulat entgegengekommen, er könnte es aber auch nicht entgegennehmen oder nur teilweise entgegennehmen, nämlich das, was ihn betrifft und den Rest können wir nicht einmal überweisen, weil es nicht postulatsfähig ist.

Vorab möchte ich die Argumente von Herrn Jung bestätigen, diese treffen vollumfänglich zu. Das Leid in Haiti ist sicher unendlich, was mich aber verwundert ist, dass das so spontan gehen muss. Wohin das gespendete Geld letztendlich gehen soll, ob in Sofortmassnahmen oder ein aufbauendes Projekt, da sollten wir unsere bisherige Spendenpraxis anwenden. Ich nenne die Beispiele von Gondo und der Tsunami-Katastrophe, wo Horw etwas gemacht hat. Das ist im Rahmen eines Gemeinderatskredites passiert und da finde ich, dass die 10'000 Franken angemessen sind, auch im Verhältnis zur Spende bei der Tsunami-Katastrophe. Es hat ja auch jeder selber die Möglichkeit zu reagieren und Hilfe zu leisten, wenn er das möchte. Gerade heute ist ja der nationale Sammeltag der Glückskette. Der für 2010 budgetierte und heute beschlossene Betrag wurde bereits gesprochen. Aber was ist, wenn im März oder später im Jahr etwas passiert? Das ist wie bei dem viel gesagten Thema von Herrn Jung, wo das Töpfli für die Zuschüsse für Energiemassnahmen leer ist.

Roger Jenni (FDP)

Ich möchte Frau Wyss beliebt machen, in Anbetracht der Situation, dass der Gemeinderat in eigenem Namen bereits 10'000 Franken gesprochen hat und der nicht postulatsfähige Teil von fast allen unterschrieben wurde, das Postulat zurückzuziehen. Der gros-

se Teil Ihres Wunsches wurde bereits umgesetzt.

Ich habe am Anfang gesagt, dass der Teil betreffend Abtretung der Sitzungsgelder nicht in ein Postulat gehört und ich finde es sehr schön, dass das zu Stande gekommen ist. Ich fühle mich als Volksvertreterin hier im Rat und finde sehr wohl, dass ich die Meinung vertreten darf, dass man 2 Franken pro Einwohner/-in von Horw für Haiti spenden soll.

Rita Wyss (L2O)

Sie haben meine Frage nicht beantwortet. Ich möchte von Ihnen konkret wissen, ob Sie bereit sind, das Postulat zurückzuziehen. Sie haben gehört, was der Gemeinderat unternommen hat und Sie durften feststellen, was Ihre Kolleginnen und Kollegen gemacht haben. Deshalb stelle ich den Antrag auf Nichtüberweisung Ihres Postulats. Aber ich gebe Ihnen zuerst gerne die Möglichkeit, das Postulat zurückzuziehen.

Roger Jenni (FDP)

Auch die SVP-Fraktion ist betroffen von dem, was auf Haiti passiert ist. Wir können das Vorgehen des Gemeinderates, mit einer Spende von 10'000 Franken zu helfen, unterstützen. Die L2O darf ich noch daran erinnern, dass es keine vier Jahre her ist, als ich an einer Budgetdebatte den Antrag gestellt habe, den Posten für Hilfsaktionen von 5'000 auf 10'000 Franken zu erhöhen. Wenn ich mich recht erinnere, habe ich damals von der L2O null Unterstützung bekommen.

Robert Odermatt (SVP)

Ich möchte Herrn Odermatt korrigieren, er hat damals nicht null Unterstützung bekommen.

Konrad Durrer (L2O)

Frau Wyss, sind Sie bereit, das Postulat zurückzuziehen?

Irène Zingg-Vetter (FDP)

Ich möchte das Postulat nicht zurückziehen, sondern so überweisen.

Rita Wyss (L2O)

Bei allem Verständnis für die Not bitte ich Sie, sich auch bei weniger formellen Angelegenheiten an unsere Vorgaben, die wir uns selber gesetzt haben, zu halten. Sonst hat jeder irgendwann einmal einen Grund, sich nicht mehr an das Formale zu halten und am Schluss macht jeder einen Vorstoss, der irgendetwas verlangt und dann haben wir jedes Mal die Diskussion. Ich möchte Ihnen beliebt machen, wenn Sie das Postulat nicht zurückziehen wollen, dass man eine Teilüberweisung macht und den ersten, nicht postulatsfähigen Teil nicht überweist und den zweiten Teil überweist. Der Gemeinderat hat es geprüft, ist zu einem anderem Schluss gekommen und deshalb kann man es sofort abschreiben.

Hans-Ruedi Jung (CVP)

Da sich der erste Teil eigentlich erledigt hat, kann ich einer Teilüberweisung zustimmen.

Rita Wyss (L2O)

Abstimmung

über eine Teilüberweisung (2. Teil) und sofortige Abschreibung des Postulats.

Irène Zingg-Vetter (FDP)

Das Postulat Nr. 618/2010 wird mit 15:13 Stimmen teilüberwiesen und sofort abgeschrieben.

6. Postulat Nr. 611/2009 von Hans-Ruedi Jung, CVP: Bewässerung Gräberbepflanzung auf dem Friedhof

Das Postulat hat eine grössere Bedeutung bekommen als es verdient hat. Es gab plötzlich Ideen, ich würde meinen, man müsse mit technischen Massnahmen oder Aufwendungen personeller Art die Bewässerung der Gräberbepflanzung auf dem Friedhof Horw sicherstellen. Es ist mir völlig klar, nicht nur weil wir auf einem Sparkurs sind, dass man so etwas nicht mit grossem Aufwand machen kann. Meine Idee war, dass man den Gemeinderat beauftragt, das im Sinn einer einfachen Nachbarschaftshilfe zu prüfen. Ich bin nicht der Meinung, dass man die Verwaltung dafür bemühen muss, sondern ich könnte mir z.B. vorstellen, dass man Kontakt mit dem Aktiven Alter aufnimmt und sich Leute, die im Sommer Probleme mit der Gräberbepflanzung haben, dort melden können, ohne dass die Gemeinde irgendwelche Folgen organisatorischer, personeller oder gar finanzieller Art hätte. Es geht mehr darum, einmal die Initiative zu ergreifen und zu sagen, ob man bereit wäre, so einen Dienst anzubieten. Es ist kein dorfdeckendes Problem, sondern ein Problem von einzelnen und trotzdem scheint es mir, dass man eine einfache, unbürokratische Lösung zumindest einmal prüfen kann. Wenn man zu dem Schluss kommt, dass sich niemand findet, hat es sich erledigt. Ich bitte Sie, das Postulat zu überweisen, damit der Gemeinderat einmal Kontakt mit entsprechenden Organisationen für eine einfache Lösung aufnimmt.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Wir haben das Postulat im Gemeinderat diskutiert und sind vorerst auch davon ausgegangen, dass es einen administrativen Aufwand gibt für eine geringe Nachfrage. Letzten Sommer hatten wir keine Nachfrage für eine Gräberbewässerung, der Sommer ist aber wahrscheinlich auch nicht repräsentativ gewesen. Wir wissen, dass Gärtnereibetriebe, die Grabunterhalt anbieten, keine Aufträge nur zum Bewässern entgegennehmen. Letzte Woche habe ich mit Herrn Jakob Zihlmann über das Thema gesprochen, ob das für das Aktive Alter, zusammen mit der Friedhofverwaltung, eine Variante sein könnte. Wir stellen uns vor, dass man das versuchsweise anbietet, wenn es wirklich einen mehrwöchigen, sehr trockenen Sommer geben sollte.

Gianmarco Helfenstein
(CVP)

Wenn der Postulant damit einverstanden ist, nehmen wir das Postulat entgegen, prüfen es, starten eine Versuchsphase und beantragen demzufolge, es sofort abzuschreiben.

Ich bin mit dem Vorgehen einverstanden.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Es ist nicht nötig, das Postulat zu überweisen. Hans-Ruedi Jung hat es angesprochen, es ist eigentlich Nachbarschaftshilfe und liegt in der Eigenverantwortung der Leute. Ich weiss nicht, ob die Politik der richtige Platz ist, es sollte eher direkt an Vereine, z.B. das Aktive Alter, herangetragen werden. Ich beantrage, das Postulat nicht zu überweisen.

Marcel Zimmermann
(SVP)

Der Gemeinderat würde das Postulat überweisen, nach einer einfachen Lösung suchen und sofort abschreiben. Ausserdem haben wir einen Antrag von Marcel Zimmermann, der das Postulat nicht überweisen möchte.

Irène Zingg-Vetter
(FDP)

Abstimmung:

Das Postulat Nr. 611/2009 wird mit 13:10 Stimmen nicht überwiesen.

7. Postulat Nr. 615/2009 von Urs Röllli, FDP, und Mitunterzeichnenden: Solar-Press-Abfallbehälter

Wie man der Tagesschau des Schweizer Fernsehens bzw. der NLZ anfangs September entnehmen konnte, hat die Gemeinde Stein am Rhein der Stadt Luzern gratis 2 Kübel für zwei Monate ausgeliehen. Aufgrund des positiven Tests, gemäss NLZ vom 12. November 2009, will die Stadt Luzern diese nun definitiv einführen. Allein schon die Kapazität ist aus ökonomischer und ökologischer Sicht ein Vorteil. Ein weiterer Punkt ist auch das subjektive "schmuddelige" Gefühl vor überfüllten herkömmlichen Abfallkübeln.

Urs Röllli (FDP)

Wer für Sauberkeit und neue innovative Ideen einstehen kann, unterstützt dieses Postulat für einen Testbetrieb. Durch diesen Testbetrieb sollten für die Gemeinde keine namhaften Kosten entstehen.

Solar-Abfallbehälter sind relativ neu in der Schweiz. Vor ca. einem Jahr wurden drei oder vier in der Altstadt von Stein am Rhein eingerichtet, in Winterthur werden demnächst 3 Stück bei Bushaltestellen installiert und Luzern hat einen am Rotsee getestet und installiert diesen jetzt beim Vögeligärtli. Die Raststätte "Heidiland" testet im Moment einen Solar-Abfallbehälter auf ihrem Areal. Die Behälter kosten rund 8'000 Franken und benötigen Spezialsäcke, die pro Monat rund 25 Franken kosten. Sie haben eine automatische Fernübermittlung über die Füllmenge und der volle Abfallsack wiegt 132 kg. Man hat mir gesagt, eine Person könne diesen auf ein Fahrzeug laden. An neuralgischen Stellen leeren bei uns in Horw die Mitarbeiter nicht nur die Abfallkörbe, sie reinigen auch die Umgebung und müssen auch gewisse Kontrollfahrten machen. Anhand der bisherigen Angaben der Gemeinden und der Verkaufsfirma ergeben sich einfach noch zu wenig Aussagen zu tatsächlichen Einsparungen, das ganze System ist noch zu wenig erprobt. Wir möchten darum das Postulat nicht entgegennehmen.

Susanne Heer (FDP)

Ich würde es aber als sinnvoll anschauen, weil die Gemeinde auf eine günstige Art einen Testbetrieb durchführen könnte. Vorausgesetzt, dass es die Gemeinde wirklich nichts kostet beantrage ich, dass das dem Gemeinderat in Auftrag gegeben wird und er uns dann mitteilt, was eine allfällige definitive Einführung kosten würde.

Urs Röllli (FDP)

Der Gemeinderat beklagt, dass keine Erfahrungen aus den anderen Gemeinden vorliegen. Der Auftrag ist, dass Sie die Erfahrung sammeln. Zu beachten ist das Synergiepotenzial, dass die Abfallbehälter nicht 15-mal geleert werden müssen, denn letztendlich sind die Personalkosten höher als die beklagten 25 Franken für die Abfallsäcke. Es soll geschaut werden, was Positives daraus resultieren kann und zwar aus eigener Erfahrung.

Roger Jenni (FDP)

Ein Postulat wird zur Prüfung entgegengenommen und ich weiss nicht, was dagegen spricht, es zu überwiesen.

Nach Rückfrage bei der Stadt Luzern wurde mir mitgeteilt, dass der Abfallbehälter ein recht mächtiger Kasten ist und die Problematik für ältere Leute ist, dass diese nicht die Kraft haben, das Gerät zu öffnen. Bei fehlendem Sonnenschein würde es auch Probleme mit der Datenübertragung sowie der Kompression geben. Da die Stadt Luzern die Abfallbehälter prüft ist es nicht nötig, dass wir 5 km weiter das Gleiche machen.

Sacha Woodtli (SVP)

Im Gegensatz zu Herrn Jenni habe ich Verständnis für den Entscheid des Gemeinderates. Obwohl das vielleicht ein Erfolgsmodell werden könnte ist es nicht nötig, dass jede

Robert Odermatt
(SVP)

Gemeinde seine eigenen Erfahrungen mit einem Prototyp macht. Lassen wir doch die Gemeinden, die das haben prüfen, danach können die Hersteller die Kinderkrankheiten ausmerzen und bis in 2 oder 3 Jahren ist das möglicherweise eine ganz gute Sache. In dem Sinn bitte ich Sie auch, das Postulat nicht zu überweisen.

Ich gehe davon aus, dass ein Testbetrieb gratis erfolgen würde und in dem Fall bin ich der Meinung, dass man das Postulat überweisen kann.

Heiri Niederberger
(CVP)

Frau Herr hat gesagt, so ein Kehrichtsack mit einem Gewicht von 132 kg sei für eine Person einfach zu handhaben, ich denke, das ist chancenlos. Wenn der Abfallkübel nicht von einer Person geleert werden kann und dafür zusätzliche Infrastruktur benötigt wird, müsste man vielleicht von vornherein die Finger davon lassen.

Die Stadt Luzern hat einen Abfallkübel definitiv im Vögeligärtli installiert und zusätzliche Anschaffungen im Budget. Es ist also nicht so, dass Luzern nichts gemacht hat. Auch private Firmen wollen noch solche Abfallbehälter anschaffen.

Urs Rölly (FDP)

Betreffend der Solartechnologie wird nicht immer Sonne benötigt, zum Teil genügt auch eine gewisse Helligkeit.

Wenn die Firma sagt, es sei machbar, dass ein Abfallsack mit einem Gewicht von 132 kg von einer Person zu handhaben ist und es gibt ja auch mehrere Gemeinden, die die Abfallkübel installiert haben, dann muss es schlussendlich ja auch irgendwie machbar sein.

Die Idee ist, mit diesen Abfallkübeln Geld zu sparen und darum bin ich für den Testbetrieb. Wenn sich der Gemeinderat bemüht, bin ich überzeugt, dass der Lieferant den Abfallkübel zur Verfügung stellt.

Roger Jenni (FDP)

Die einzige Person, die gesagt hat, dass die Abfallsäcke 132 kg wiegen, ist die Gemeinderätin. Die Zahlen sind weder erhärtet, möglicherweise sind sie nur eine Annahme. Das müsste man noch abklären.

Die Idee vom Postulat ist ein Testbetrieb, um die Sachen, die wir nicht wissen, herauszufinden. Offensichtlich hat Luzern die Abfallbehälter auch getestet und für gut befunden. Ich nehme an, dort sind genau die gleichen Fragen aufgetaucht, wie wir sie jetzt auch haben. Deshalb können wir das Postulat doch überweisen und sehen dann bei der genaueren Abklärung, was dabei herauskommt.

Ruth Strässle-
Erismann (FDP)

Auch die Gemeinde Horw sollte einen Versuchsbetrieb haben, damit sie wirklich weiss, was der Abfallkübel kann und leistet.

Jörg Stalder (L2O)

Herr Jenni, bei dem Gewicht des Abfallsacks von 132 kg handelt es sich um Angaben des Lieferanten, es steht explizit in der Werbebroschüre, dass der Abfallsack so schwer werden kann. Wir möchten zum jetzigen Zeitpunkt keine Probierphase machen, wir können abwarten, was andere Gemeinden für Erfahrungen machen.

Susanne Heer (FDP)

Die Stadt Luzern hat so einen Kasten gekauft, der Testbetrieb am Rotsee ist aber nicht bestanden worden. Die Geräte sind auch problematisch in Bezug auf Sachbeschädigungen und sehr empfindlich im Bereich der Solarzellen.

Sacha Woodtli (SVP)

Herr Woodtli, die Gemeinde möchte ja Abfallkörbe überwachen, das wäre nicht der erste Fall von Videoüberwachung und das würde sicher auch hier in Betracht gezogen.

Roger Jenni (FDP)

Herrn Woodtlis Voten könnte man bei einem Testbetrieb prüfen, ob das tatsächlich so ist.

Urs Rölli (FDP)

Die Abfallkübel kosten 8'000 Franken, das muss man der Bevölkerung auch erst einmal beibringen.

Sacha Woodtli (SVP)

Es soll ein Testbetrieb sein und es soll geschaut werden, dass die Abfallkübel gratis zur Verfügung gestellt werden. Es sollen nicht gerade fünf Abfallkübel gekauft werden, sondern die Wirtschaftlichkeit geprüft werden. Der Behälter hat 8-mal mehr Platz als ein normaler. Wieviel Zeit wird bisher im Vergleich für die Leerung aufgewendet? Das grösste Problem beim Abfall ist ja, dass dieser nicht komprimiert ist. Das ist ja das teure von unserer Entsorgung.

Urs Rölli (FDP)

Abstimmung:
Das Postulat wird mit 16:10 Stimmen überwiesen.

Irène Zingg-Vetter (FDP)

8. Postulat Nr. 616/2009 von Hans-Ruedi Jung, CVP: Provisorische Räumlichkeiten für die Oberstufe während dem Schulhausbau

Wenn man Schulhäuser ausquartiert, weil diese neu gebaut werden, sind das meistens sehr teure Containerlösungen. Wenn man zur gleichen Zeit ein frei werdendes Schulhaus Biregg hat, könnte man das für die Übergangszeit nutzen, um die Oberstufe dort einzuquartieren.

Hans-Ruedi Jung (CVP)

Im Schulhaus Biregg haben wir im Moment eine spezielle Situation, da wir ja den Entscheid getroffen haben, per Ende des Schuljahres aufzuhören und natürlich eine möglichst schnelle Vermietung anstreben. Zum Oberstufenschulhaus haben wir vor einiger Zeit eine Interpellation beantwortet. Wir stehen im Moment vor dem Abschluss des Raumprogramms, klären parallel dazu Standortvarianten ab und gehen jetzt in die einzelnen Sanierungsvarianten.

Markus Hool (FDP)

Zur Ausgangslage des ORST ist festzustellen, dass

- ein grosser Sanierungsbedarf besteht
- eine Sanierung nicht bei laufendem Betrieb möglich ist
- eine Sanierung frühestens ab Mitte 2012 möglich ist, sofern bis dahin alle politischen Entscheide getroffen wurden
- die Sanierungsdauer mindestens 1 Jahr, allenfalls mehr beträgt.

Im Schulhaus Biregg haben wir 8 Klassenzimmer, im Oberstufenschulhaus sind es 18. Die Vermietung des Schulhauses Biregg ist im Gange, der Entwurf des Mietvertrages liegt vor. Mieter wird der Kanton sein, dieser hat vom Regierungsrat grünes Licht bekommen und weil es von der Finanzkompetenz her notwendig ist, wird schlussendlich der Kantonsrat beschliessen. Vorgesehen ist, dass das Mietverhältnis am 1. November 2010 beginnt. Man kann also folgendes Fazit ziehen: Ein Provisorium ist auch bei einem Einbezug des Schulhauses Biregg nötig. Wir haben eine zeitliche Unverträglichkeit des Sanierungsprojektes auf der einen und der Vermietungssituation auf der anderen Seite. Ausserdem sind der Zeitpunkt und die Dauer der Sanierung noch offen.

Kostenmässig, wenn wir den optimalen Fall hätten und 2012 in einem Jahr sanieren könnten, bis dahin einen Mieter hätten und auch danach sofort weitervermieten könnten, könnte sich ein kleines Plus bezüglich der Variante Biregg in der Grössenordnung

von 100'000 bis 150'000 Franken abzeichnen. Man müsste also versuchen, abschnittsweise eine Teilvermietung vorzunehmen, dieser beste Fall wird aber mit kleiner Wahrscheinlichkeit eintreten. Mit dem Kanton hingegen wird eine Mietdauer von 5 Jahren vereinbart. Der realistische Fall ist der, dass man irgendwann anfängt zu bauen, ein Jahr saniert und dann kehrt das finanzielle Resultat um, dann ist die Variante Biregg teurer.

Jetzt haben wir aber auch noch einige weiche Faktoren wie die periphere Lage, eine relativ schlechte Erschliessung von Horw aus und eine sensible Umgebung im Wohngebiet. Es wäre vom Platz her problematisch, wenn man den ganzen Schulbetrieb der Sekundarstufe mit 300 bis 350 Schülern dort machen würde, also Schulhaus Biregg plus Provisorium.

Es war notwendig, diese Möglichkeit zu prüfen, wenn man es aber nüchtern betrachtet, ist es keine vernünftige und sinnvolle Lösung. Aufgrund der Kenntnis und dem Stand der Vermietung nehmen wir das Postulat entgegen und beantragen, dieses gleichzeitig als erledigt abzuschreiben.

Nachdem das bereits geprüft wurde, kann ich dem Antrag des Gemeinderates zustimmen.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Gegen die Überweisung und gleichzeitige Abschreibung des Postulats Nr. 616/2009 wird nicht opponiert.

Irène Zingg-Vetter
(FDP)

9. Interpellation Nr. 566/2009 von Hans-Ruedi Jung, CVP: Überschwemmungsschutz

Die Interpellation wurde am 28. August 2009 schriftlich beantwortet. Sind Sie mit der Beantwortung zufrieden?

Irène Zingg-Vetter
(FDP)

Nachdem ich den Vorstoss am 20. April 2009 eingereicht habe, sind bereits am 7. Mai 2009 sieben Töbels vom Zivilschutz geräumt worden. Das hätte man zwar auch früher machen können, aber immerhin hat man reagiert und es gemacht. Grundsätzlich bin ich mit der Beantwortung der Interpellation einverstanden, habe aber einige Bemerkungen und beantrage Diskussion.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Die Antwort zur ersten Frage ist eigentlich nicht die Antwort auf meine Frage. Meine Frage war, ob die besagten Bäche privat oder öffentlich sind. Die Antwort sagt aber nur, wie das Verfahren ist, wenn sie öffentlich sind. Mich hätte aber interessiert, ob grundsätzlich an den Bächen Private verantwortlich sind oder die öffentliche Hand.

Zur Frage 3 ist mir auch klar, dass es unmöglich ist, alle möglichen Gefahren durch Schwemm- und Totholz in allen Bächen und Bachböschungen zu eliminieren. Im Hofmattbach war es aber offensichtlich und der Werkhof hat gewusst, dass dort Holz liegt, hat aber nichts unternommen, bis etwas passiert ist.

Zur Frage 5 ist es tatsächlich so, dass sicher durch den raschen Einsatz der Werkdienstes und der Feuerwehr grössere Gefahr abgewendet werden konnte. Ich muss aber sagen, dass die erst zum Einsatz gekommen sind, als der Bach bereits überschwemmt war. Man hat unglaubliches Glück gehabt, dass der Bach beim Friedhof abfliessen konnte. Wir haben sehr heikle Bäche, die unsere Aufmerksamkeit benötigen, denn es

sind nach wie vor wilde Bäche, die durch Siedlungsgebiet führen und deren Gefahr ist nicht zu unterschätzen.

Ich habe darum auch Mühe mit der Antwort zu Frage 8, wo man sagt, um Schäden bei derartigen Ereignissen ganz zu eliminieren, seien bauliche Massnahmen seitens der Gemeinde nicht möglich oder unverhältnismässig. Oder bei Schadenfällen könne nicht die Verantwortung bei der öffentlichen Hand liegen. Das trifft natürlich nur teilweise zu. Es gibt einen zumutbaren Schutz, den jemand für sein Eigentum ergreifen kann. Aber wenn durch höhere Gewalt, und wir hatten in den letzten Jahren im Sommer immer wieder starke Niederschläge, Schäden von einem Bach ausgehen, für den die öffentliche Hand die Verantwortung hat, dann kann man nicht sagen, dass einen das nichts angehe. Man muss irgendwann auch einmal die Quelle des Schadens angehen und versuchen, diese zu eliminieren. Man hat z.B. auch das Problem im Rank lange vor sicher hergeschoben, wo es immer wieder Überschwemmungen gab, bis einmal die Versicherungen gesagt haben, dass sie nicht mehr zahlen würden, wenn nichts unternommen wird. Insofern würde ich eine rechtzeitige Planung von angemessenen Massnahmen begrüssen.

Bei der Antwort zu Frage 10, im Zusammenhang mit der absoluten Sicherheit im Hochwasserschutz ist es so, dass man damit rechnen muss, dass beispielsweise der Althofbach überschwemmt oder dass man solche Ereignisse hat. Ich darf aber daran erinnern, wenn Sie sagen, dass die öffentliche Hand nichts machen muss, wir haben einen generellen Entwässerungsplan und darin sind auch Massnahmen am Althofbach vorgesehen. Die Ansicht, dass die Gemeinde nichts machen muss, teile ich nicht. Wir können nicht immer mehr Land einzonen und nachher meinen, es käme alles zu einem guten Ende. Irgendwo kommt die Konsequenz und für irgendetwas nehmen wir ja auch Steuern ein, z.B. wenn Landwirtschaftsland in Bauland umgezont wird. Dann haben wir Grundstücksgewinnsteuern, die müssen wir doch auch dafür aufwenden, um die Siedlungen wieder einigermaßen sicher zu machen.

Von mir aus gesehen ist eine kurzfristige Dimension, indem man jetzt bei den einzelnen Bächen anfängt zu planen und es hat eine langfristige Dimension, indem man überlegt, wo man überhaupt Einzonungen vornimmt und wenn man Einzonungen macht, was man dort von vornherein für Massnahmen ergreift, um Schäden abzuwenden.

Ich habe den Eindruck, dass die Beantwortung falsch verstanden wurde. Es steht an x Stellen, was die Gemeinde macht und jetzt wurde nur interpretiert, dass nichts getan werde. Das ist falsch. Sie haben das Budget gelesen, Sie haben die Investitionsrechnung gesehen und es wurde auch teilweise in der BVK besprochen, dass verschiedene Massnahmen vorgenommen werden und auch bis anhin gemacht wurden. Wir haben zwar im Budget geschrieben, dass wir in den letzten Jahrzehnten, ausser der normalen Wuhrpflicht nicht extrem viel gemacht haben und wir jetzt einen gewissen Nachholbedarf haben.

Bei der Frage 1 ist es so, dass die Bäche dem Wasserbaugesetz unterstehen und wir wuhrpflichtig sind.

Zu Frage 5 ist zu sagen, dass es eine Planung gibt, dass die Bäche immer wieder geräumt werden und nach Schadenereignissen kontrollieren die zwei Wuhraufseher und geben Rückmeldungen. Auch die Reinigung ist organisiert und so ist es Zufall, dass der Zivilschutz den Bach geräumt hat, kurz nachdem das Postulat eingegangen war.

Zu den Fragen 8 und 10 ist es so, dass wir den Generellen Entwässerungsplan haben, der Massnahmen enthält und die wir auch immer ausgeführt haben. Wenn Sie sehen, was in letzter Zeit für Massnahmen gegen das Hochwasser getroffen wurden, sei das

Manuela Bernasconi
(CVP)

am Dorfbach oder aber auch an kleineren Bächen, geht das in einen sehr hohen Betrag. Nach dem Unwetter vom 26. Juni wurden alle Bäche aufgenommen und aufgelistet, welche Arbeiten gemacht werden müssen, wer es macht sowie Bemerkungen. Dann wurde alles mit dem Kanton besprochen und dieser hat sich dann auch mit 45 % an den Kosten beteiligt. Neben der regelmässigen Pflege wurde so ein grösserer Betrag eingesetzt. Die Problematik Bachtelbach ist jetzt auch im Budget. Bei den Anwohnern im Langensand, die es beim letzten Unwetter stark getroffen hat, hat die Gemeinde auch beratend gewirkt und das wurde auch sehr geschätzt. Obwohl man gewisse Verbauungen machen kann, und es gibt sicher noch einige Möglichkeiten beim Bachtelbach, kann man die 100-prozentige Sicherheit, dass so etwas nicht wieder passiert, nicht garantieren. Deshalb haben auch die Grundeigentümer eine gewisse Sorgfaltspflicht. Man hat angeboten, jedes Grundstück individuell miteinander anzuschauen, was man noch für Verbesserungen machen könnte, damit nicht mehr so grosse Schäden auftreten. Auch bei der Frage 11 sehen Sie, was gemacht wurde, was in Ausführung oder was geplant ist.

Die Interpellation wurde im Prinzip beantwortet und ich bin auch nicht der Meinung, dass nichts gegangen ist. Im April 2009 habe ich aber die Frage (10) gestellt, ob beim Althofbach irgendwann mit ähnlichen Überschwemmungsereignissen zu rechnen ist wie 2008 am Hofmattbach und im Sommer 2009 hatten wir bereits die Überschwemmung. Von daher muss ich sagen, dass es Massnahmen gibt, die relativ dringlich sind, weil man sieht, dass die Bäche bei starken Niederschlägen extrem stark ansprechen und sofort starke Schäden hinterlassen. Dass der Totalschutz nicht möglich ist, ist mir völlig klar, das werden wir auch nie haben.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

10. Interpellation Nr. 567/2009 von Hans-Ruedi Jung, CVP: Grüngutverwertung

Die Interpellation wurde am 6. August 2009 schriftlich beantwortet. Sind Sie mit der Beantwortung zufrieden?

Irène Zingg-Vetter
(FDP)

Mit der Beantwortung bin ich weitgehend zufrieden. Ich habe aber noch einige Fragen und verlange Diskussion.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Bei den Antworten zu den Fragen 1 und 4 sind unterschiedliche Tonnagen an Kompost und unterschiedliche Empfänger vom Grüngut sowie bei den Grüngutempfängern unterschiedliche Mengen aufgeführt. Wir haben in der Antwort zu Frage 2 pro Jahr 750 t an die Grüngutverwertung Horw und 1'200 t an Weiherhus-Kompost AG. In der Antwort zu Frage 4 sind es ca. 650 t an die Grüngutverwertung Horw, ca. 500 t an SFPI AG und ca. 1'100 t an die Weiherhus-Kompost AG. Ich wäre froh, wenn man die Zahlen erklären könnte.

Bei Frage 5 habe ich Mühe mit dem zweiten Teil der Antwort. Zuerst sagt man Ja, der Gemeinderat sehe die Möglichkeit von biogasbetriebenen Motoren, wenn entsprechend benötigte Fahrzeuge auf dem Markt sind. Nachher wird gesagt, dass solche Fahrzeuge teurer seien und die Kommunalfahrzeuge, die die Gemeinde benötigt, würde es auf dem Markt nicht geben. Ich spreche nicht von Traktoren, Baggern usw., sondern ich spreche von ganz normalen Personenwagen. Es gibt heute Anbieter von bewährten Fahrzeugen, die sich auch die Gemeinde problemlos anschaffen könnte. Die Anschaffung ist mitnichten so wesentlich teurer als Fahrzeuge mit konventionellem Antrieb. Der Preis ist minim höher, das wird aber durch den günstigeren Gaseinkauf kompensiert. Sie propagieren immer wieder umweltfreundliches Handeln und stellen die Energiestadt in den

Vordergrund, aber bei sich selber ergreift man die Chance nicht. Darüber bin ich in der Antwort ein wenig enttäuscht. Aber immerhin sehe ich das Bestreben, dass man das überprüfen möchte und das ist schon einmal gut.

Zu Frage 2: Eigentlich ist die Grüngutverwertung Horw unser Vertragspartner und sie verwertet so viel, wie sie darf und das sind maximal 750 t. Alles restliche Grüngut ist bis 2009 zur Weiherhus-Kompost AG gebracht worden.

Zu Frage 4, im 2009 hat die Grüngutverwertung Horw den Teil genommen, den sie verwerten kann und den anderen Teil von sich aus nach Inwil und zur Weiherhus-Kompost AG nach Blatten gebracht.

Zu Frage 5: Bei Neuanschaffungen prüfen wir, ob es Fahrzeuge gibt, die emissionsarme Treibstoffe haben, aber wir haben zum Teil auch Fahrzeuge, bei denen das gar nicht möglich ist.

Susanne Heer (FDP)

11. Interpellation Nr. 574/2009 von Urs Rölly, FDP: Busendstation der Linie 20

Mit dem Fahrplanwechsel vom Dezember 2006 wurde die Bedienung der Busendstation "Ennethorw" massiv eingeschränkt. Dies zum Leidwesen zahlreicher Einwohner in diesem Gebiet. Zwischenzeitlich wird nun sehr viel gebaut oder ist bereits fertiggestellt. Es wurden auch von privater Seite innovative Verbesserungsvorschläge für den Fahrplanwechsel 2007 an die Gemeinde Horw eingereicht. Das Echo war mehr als dürftig. Da diese Fahrplankonstellatation nun seit drei Jahren in Betrieb ist, stellen sich nun die eingeegebenen Fragen.

Urs Rölly (FDP)

Zu den gestellten Fragen kann ich wie folgt Antwort geben:

Gianmarco Helfenstein
(CVP)

Ich habe die neuesten Frequenzen über die Einsteiger vom 1. Juli 2009 bis 13. Dezember 2009. Interessanterweise sehen Sie aus den Zahlen, dass der Ast "Technikumstrasse" höhere Frequenzen hat als "Ennethorw". Unter der Woche haben sicher die Studenten Einfluss auf die Zahl von 123 Einsteigern pro Tag an der Haltestelle "Technikum". Bei 37 Kursen täglich sind das 3.3 Fahrgäste pro Kurs. Da das eine neue Linie ist, haben wir keine Vergleichszahlen. Bei den Einsteigern "Ennethorw" haben wir unter der Woche 84 pro Tag, das ergibt bei 38 Kursen 2.2 Fahrgäste pro Kurs. Früher hatten wir 0.8, man spürt also die Quartierentwicklung.

Die vorgeschlagene Verknüpfung der Endstationen wäre insofern eine schlechte Lösung, da die Passagiere vom Technikum mit dem Ziel Dorf, Bahnhof oder Stadt Luzern eine Zusatzschleife in Kauf nehmen müssten.

Im Moment arbeiten wir an einem Konzept, dass wir mit dem ESP Bahnhof die ganze Bussituation, mit einem Fernziel auf den Fahrplanwechsel 2013, zusammen mit dem Verkehrsverbund überdenken und hoffen, dass wir dann eine verbesserte Lösung realisieren können.

Ich danke für die Beantwortung, bin aber mit der Beantwortung nicht ganz zufrieden.

Urs Rölly (FDP)

Zu Frage 3: Wurde eine Lösung mit einem Ringverkehr schon einmal ins Auge gefasst? Es wären damit beide Bushaltestellen bedient und auch die Bushaltestellen "Techni-

kum" und "Spier", die relativ nah beieinander sind, im Gegensatz zu Ennethorw, wo auch die Fussgängererschliessung bis Spier oder zum Technikum nicht unbedingt ideal ist. Das hätte ich gerne noch detaillierter.

Auch zur Frage 4, ob die Linienführung mit demselben Fahrzeugumlauf getätigt werden könnte, haben wir gar nichts gehört.

Zur Antwort auf die 5. Frage habe ich das Gefühl, dass es bei der regen Bautätigkeit noch eine relativ lange Zeit bis zum Jahr 2013 ist.

Ich möchte ein Argument von Herrn Helfenstein entkräften. Sie haben gesagt, die Frequenz an der Haltestelle "Technikum" sei sehr hoch. Das trifft ganz sicher zu. Sie haben aber verkannt, wenn man so eine Lösung, wie von Herrn Rölly vorgeschlagen, machen würde, dass die Haltestelle dann auch doppelt bedient würde. Wenn der Bus von der Haltestelle bis zum Spier geht, das sind ca. 150 m, dann würde sich das gegenseitig aufheben. Die, die am Morgen kommen und Richtung Ennethorw fahren, die haben nachher eine Bushaltestelle direkt vor der Tür und vielleicht gibt es dann auch einmal einen Kurs, bei dem sie die 150 m nach vorne laufen müssen. Also das Argument zieht nicht, das neutralisiert sich gegenseitig.

Robert Odermatt
(SVP)

Ich kann das nur unterstützen. Seit Jahren höre ich auch immer, dass ein Kreisverkehr nicht beliebt ist, aber das ist eine Frage der eigenen Organisation. Vor allem wenn der Kreis so eng ist, hat man immer irgendwo eine Gehdistanz mit einer Station, wo man nicht lange warten muss.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Herr Helfenstein, es wurde einmal in Erwägung gezogen, dass man bei der Überbauung vom Pilatushang oben entlang eine Servicestrasse baut und die wäre damals für Kehricht- und Feuerwehrfahrzeuge gedacht gewesen. Die Frage ist, wie konkret ist die Realisierung der Strasse, denn das würde die Anregung von Herrn Rölly noch realistischer machen, dass man dort anstatt dem Kreisverkehr die Servicestrasse passieren könnte. Es würde auch die ganze Linienführung vereinfachen.

Der Kreis wurde dazumal einmal von Seite der vbl angeschaut, wo man das entschieden hat mit den Ästen und dem Halbstundentakt. Selbstverständlich kann man das neu anschauen, schlussendlich ist aber irgendjemand benachteiligt und muss Umwege in Kauf nehmen.

Gianmarco Helfenstein
(CVP)

Zur Frage 2, wo Sie die Verbindung über die Spitzberglistrasse ansprechen, diese Variante haben wir nicht mehr weiterverfolgt. Im Buskonzept ist es noch erwähnt und das werden wir jetzt noch einmal im Zusammenhang mit dem generellen Konzept eines Ortsbusses oder in Verbindung mit den öffentlichen Verkehrsmitteln der vbl verfeinern.

Zur Frage 3, wurde wie bereits gesagt, eine Verknüpfung dazumal angeschaut und man hat sich für die jetzt praktizierte Lösung entschieden. Auch da darf man nicht vergessen, dass uns jede neue Haltestelle auch etwas kostet. Aber es ist auch richtig gesagt worden, dass man den Radius vergrössern kann. Heute geht man davon aus, dass 350 m in ebenem und 250 m in hangartigem Gelände zumutbar sind.

Zu Frage 4 ist zu sagen, dass die Leistung sicher erfüllt werden kann, denn man hat dadurch mehr Fahrten, also wäre das Angebot auch intensiver.

Zu Frage 5 muss ich noch einmal sagen, dass im Frühling die Diskussionen für eine mögliche Fahrplanänderung auf Ende 2011 stattfinden. Von daher ist es evtl. möglich, dass man es ein Jahr früher, also 2012 realisiert.

12. Interpellation Nr. 575/2009 von Markus Bider, CVP: GKLÜ Jahresrechnung 2008 - Finanzverlust von 5.8 Mio. Franken

Die Interpellation wurde am 28. Oktober 2009 schriftlich beantwortet. Sind Sie mit der Beantwortung zufrieden?

Irène Zingg-Vetter
(FDP)

Ich danke für die Beantwortung und verlange Diskussion.

Markus Bider (CVP)

Es hat mich gefreut zur Kenntnis nehmen zu können, dass per Saldo offenbar kein Schaden erwachsen ist, weil die eigentlich unerwartete Marktentwicklung 2009 die möglicherweise ein wenig überraschende Anlagepolitik rückwirkend nicht zum Nachteil vom Verband gereichte. Aus dem Kontext und finanzfachlicher Sicht möchte ich ein paar Bemerkungen anbringen mit der Anregung, dass die Delegierte der Gemeinde das in geeigneter Weise einbringt. Grundsätzlich ist es so, und das geht aus der Antwort klar hervor, dass ein grösserer Teil der Finanzmittel in Aktien angelegt ist, sonst hätte man zuerst nicht so viel verloren und nachher in so kurzer Zeit wieder so viel gewonnen. Ein Aktienengagement ist etwas für die lange Sicht und da ist es in der Tat so, dass man Geld verdienen kann, wenn man Verluste aussitzen kann. Jetzt ist aber der GKLÜ resp. das Kapital, das er angesammelt hat kein Kapital, das auf lange Sicht zur Verfügung steht. Insbesondere nicht, da man 2008 und 2009 Investitionsentscheidungen getroffen hat und das Kapital kurz- und mittelfristig gebraucht wird, um die neue Anlage zu bauen. Aus Finanzsicht ist es für mich sehr überraschend, dass das so entschieden wurde.

Ein Aktienportfolio muss bewirtschaftet werden. Dazu sind Berater notwendig, die wieder kontrollieren, dass es richtig gemacht wird. Ich stelle mir die Frage, ob es wirklich zu den Aufgaben eines Zweckverbandes gehört, die Fachkompetenz in Anlageberatung aufzubauen oder viel Geld zu zahlen, um sie entgegenzunehmen.

Zu Punkt 3 der Antwort kann man lesen, dass der Bau bzw. Ersatz durch die Anlagepolitik in keiner Art und Weise gefährdet war. Das ist nicht ganz überraschend, an der letzten Sitzung durften wir zur Kenntnis nehmen, dass der Verband sowieso hoffnungslos überkapitalisiert ist und in seinen Obliegenheiten noch einem grösseren Verlust hätte nachgeben können. Hätte man richtig kalkuliert, wäre die Finanzierung sehr wohl zu gewissen Zeitpunkten gefährdet gewesen.

Zu Punkt 4 steht dort die Bemerkung, dass offensichtlich zweimal, 2003 und 2009, die an sich nahe liegende Überlegung angestellt worden ist, Darlehensangebote des Verbandes zu äusserst tiefen Konditionen abzuschliessen. Grundsätzlich stellt sich die Frage, wenn Gemeinden sich laufend fremdverschulden müssen und gleichzeitig andere öffentliche Hände, nämlich die Zweckverbände, die den Gemeinden gehören, ihre eigene Überschussliquidität in Aktien anlegt und diese Portfolios wieder kontrolliert werden müssen.

Zu den Aktien kann ich sagen, dass es Anlage- und Organisationsrichtlinien gibt, worin festgelegt ist, wie die Aktien aufgeteilt sind. Es ist eine klare Strategie, was und wie es angelegt wird. Bezüglich der Fachkompetenz handelt es sich um anerkannte Firmen, die das für den Verband kontrollieren.

Susanne Heer (FDP)

Zu den 300 Mio. Franken, die jetzt für die Projektierung geplant sind, wird es im Februar eine ausserordentliche Delegiertenversammlung geben, an der man einen Projektierungskredit für die Kehrrichtverbrennungsanlage sprechen wird. Wenn man sieht, was für Dimensionen das effektiv annimmt, wird man den Master- bzw. Finanzplan überar-

beiten.

Die übrigen Anregungen nehme ich zur Kenntnis.

13. Interpellation Nr. 576/2009 von Ruth Strässle, FDP, und Mitunterzeichnenden: Einsturzgefährdetes Haus bei der Bushaltestelle Stelle

Die Interpellation wurde am 11. Januar 2010 schriftlich beantwortet. Sind Sie mit der Beantwortung zufrieden?

Irène Zingg-Vetter
(FDP)

Ich danke für die ausführliche und informative Beantwortung. Das einzige, was mich ein wenig erstaunt hat ist, dass die Gemeinde nicht verrechnen kann, wenn sie etwas zurückschneidet.

Ruth Strässle-
Erismann (FDP)

Formal ist zur Beantwortung zu sagen, dass es eine sehr angenehme Darstellung ist, wenn vor der Antwort jeweils die Frage steht. So ist es viel einfacher zu lesen, als wenn am Anfang alle Fragen und anschliessend die Antworten stehen.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Irène Zingg-Vetter
Einwohnerratspräsidentin

Franz Leipold
Sekretär

Daniel Hunn
Gemeindeschreiber

Heike Sommer
Protokollführerin

Versand: 22. Februar 2010